

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit illust. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Verordng. Preß-V. 1 für 1894 unter Nr. 6919.

# Vorwärts

Inspektions-Gebühr beträgt für die fünfzehnjährige Zeitdauer über deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlagungs-Kasse 20 Pf. Inversetz für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Neuth-Strasse 2.

Freitag, den 8. Juni 1894.

Expedition: SW. 19, Neuth-Strasse 3.

### Arbeiter! Parteigenossen! Triakt kein boykottirtes Bier!

#### Der spanisch-deutsche Zollkrieg.

Zwischen Deutschland und Spanien ist der Zollkrieg entbrannt. Die deutsche Regierung hat der spanischen Regierung mitgeteilt, daß sie sich nach Verlauf der gegenwärtigen Tagung des spanischen Parlaments, der Cortes, an den Handelsvertrag nicht mehr gebunden erachte und wenn er bis dahin nicht genehmigt sei, den Versuch einer handelspolitischen Verständigung mit Spanien für gescheitert ansehen werde.

Der deutsch-spanische Handelsvertrag hat, als einer der drei sogenannten kleinen Verträge, gemeinsam mit dem serbischen und rumänischen den Reichstag im November 1893 beschäftigt. Er wurde rechtzeitig angenommen, Deutschland ist derjenige Vertragschließende, der seine Verbindlichkeiten vorschriftsmäßig erfüllt hat. Aber Spanien ließ eine der vom deutschen Reichstag nach der anderen bereitwillig gewährten Fristen, ein Provisorium nach dem anderen verstreichen, ohne durch das Parlament dem Vertrag gefehltes Leben zu verleihen. Die Schuld an dem handelspolitischen Wirren, das jetzt eingetreten ist, trifft einzig und allein die spanischen Cortes, die sich im Dienste mächtiger Sonderinteressen die Verschleppung des Handelsvertrages als Ziel gesetzt haben.

Denn statt die Uebereinkunft rechtzeitig zu genehmigen, beschloß der spanische Senat die Fosse einer Erhebung über die wirtschaftliche Bedeutung des Vertrages. Diejenigen großen Unternehmer, deren Agenten und Vorkämpfer die spanische Handelspolitik nach ihrem Belieben lenken, sind Gegner des Vertrages, weil er in ihre schutzgönnnerischen Vorrechte Breche legt. Die Regierung verfügt über keine sichere Mehrheit, die den Vertrag annähme, und so trat nach Ablauf des letzten Provisoriums der alte Tarif und zwar uns gegenüber der Maximaltarif wieder in Kraft.

Folgerichtig mußte die deutsche Regierung gleichfalls den autonomen Tarif samt den Kampfsoll-Zuschlägen anwenden, sie war zum Zollkrieg gezwungen worden, nachdem sie alle loyalen Mittel der friedlichen Verhandlung erschöpft hatte.

So werden die Interessen der spanischen und der deutschen Bevölkerung auf das Ärgste beeinträchtigt, deshalb, weil eine kleine Gruppe großkapitalistischer Drahtzieher ihren Ausnahmeprofit, wie ihn die spanischen Hochzölle gewähren, nicht preisgeben will und ihre Beute mit eiserner Faust feilhält. Der Werth unserer Sendungen nach Spanien in den vier Jahren 1889 bis 1892 war nach den Angaben, die der Staatssekretär des Auswärtigen in der VI. (Handelsvertrags-) Kommission machte, weit höher als in den Jahren 1885 bis 1889; der Werth der deutschen Einfuhr ist, wenn man den vom spanischen Markt durch die französisch-spanische Gesehgebung verdrängten Branntwein abrechnet, doppelt so hoch, wie der in den Jahren 1885 bis 1889. Die Einfuhr betrug 1885: 19 463 000, 1886: 19 539 000, 1887: 18 065 000, 1888: 21 477 000, 1889: 29 850 000, 1890: 45 092 000, 1891: 45 741 000, 1892: 40 362 000 M. Der Werth der Einfuhr

aus Spanien betrug 1885: 15 623 000, 1886: 24 912 000, 1890: 34 068 000, 1892: 40 743 000 M. Der weitaus größte Theil dieser Einfuhrwerthe besteht aus den stetig wachsenden Mengen der für die deutsche Industrie sehr wichtigen, ja unentbehrlichen Eisenerze, Schwefelsteine und Korbhölzer, sowie aus Süßfrüchten. Die spanischen Rohstoffe sind zumeist für unseren Gewerbefleiß notwendig. Die Menge der Industrieerzeugnisse, die wir nach Spanien ausführen, wächst beständig.

Die spanischen Eisenbarone und die spanischen Baumwollherren sind es, die den Sturz des Vertrages herbeigeführt haben. Die junge spanische Eisenindustrie, unter dem Schutze hoher Zölle treibhausmäßig herangereift, hat die Rohstoffe, Kohle und die besten Erze in unbegrenzten Mengen zur Verfügung. Noch 1876 mußte, wie Gewinner nachweislich, Spanien sein Roheisen zumeist vom Auslande beziehen; 1890 überstieg die Ausfuhr die Einfuhr, und 1892 kam spanisches Roheisen nach England. 1882 wurden in Spanien die ersten Schienen, 1886 der erste Bessemerstahl erzeugt. Die Großkapitalisten von Bilbao, dem Brennpunkt des spanischen Eisenmarktes, suchen durch die Sperrzollpolitik den fremden Wettbewerb fernzuhalten, um den spanischen Verbrauchern die Preise billiger zu können. Wie die Herren arbeiten, dafür ein Beleg: Eine einzige Maschinenfabrik, die Maquinaria Terrestre y Maritima in Barcelona, hat es 1890 durch ihre mächtigen Freunde fertig gebracht, daß die Zölle auf Maschinen, entgegen den Interessen der Landwirtschaft und der Industrie, auf das Neun- bis Vierzehnfache des früheren Satzes erhöht wurden. Der Ausfuhrzoll auf Silberblei kommt nur der einzigen spanischen Entsilberungsanstalt eines Senators in Cartagena zu gute, der die Politik zu Nutzen und Frommen seines Unternehmens ausbeutet.

Die Leiter der Hochzöllerei aber sind die Katalanen, die in der Provinz Barcelona, dem Zentrum Kataloniens, Zehntausende von Baumwollarbeitern auszuweiden. In der Baumwollindustrie ist die Hälfte aller in der Manufakturwaarenbranche beschäftigten Hände thätig. Es wurden in der spanischen Baumwollindustrie 1885-1889: 684 000, 1886-1889: 2 152 000 Spindeln betrieben; 1885-1889 betrug der Verbrauch von Rohbaumwolle 49,5 Mill. Kilogramm, die Einfuhr baumwollener Gewebe 1 681 460, die Ausfuhr aber 2 628 163 Kilogramm.

In Barcelona, wo die sozialistische Bewegung am tiefsten Wurzeln geschlagen hat, in Barcelona, das berüchtigt ist durch die Zahl seiner Barrikadenkämpfe, ist zugleich der Herd der großkapitalistischen Verschönerung gegen die Handelsvertrags-Politik. Die Baumwollenslörds haben als Wahlmacher, als Virtuosen des Panamismus, die die feilen Bourgeoisparlamentarier, Abgeordnete, Minister, Journalisten zu lauten verstehen, alle Zeit ihre schaffe Plusmacheret durchzusehen verstanden. Dekretirte z. B. ein Minister die Herabsetzung gewisser Zölle von 25 auf 20 pCt., so wußten die Katalanen durch ihre Werkzeuge es zu erreichen, daß die Werthbemessung der Waaren, nach der der Gewichtszoll dann berechnet und in den Tarif aufgenommen wurde, trotz

unzünftigen Konjunktur zum Raube lassen? Oder soll ich, sie zu reiten, für mich selbst die Zeit veräußern? Wer bürgt mir dafür, daß nicht in der nächsten Stunde den Wachen an allen Thoren die Kunde ward, auf mich ein wachsam Auge zu haben? Wäre ich nicht alsdann verloren und das Mädchen schutzlos wie zuvor? Und dennoch muß ich meine Fassung halten... und dennoch muß ich wenigstens versuchen, ob ich sie noch retten kann, für die mein Herz und Friedrichs Gebot das Wort führt. — Herr, meines Lebens,“ seufzte hier eine schwache Stimme neben ihm, und er gewahrte mit Erstaunen seinen Begleiter neben sich, der die Hände in die Seiten gestützt, verschmähend an einer Ecke lehnte.

Das möge genügen, um die Entstehung des Zollkrieges zu erklären. Die spanischen Maschinenfabrikanten, Hüttenherren und Textilunten können sich mit unsern Schutzgönnern messen. Die ostelbischen Agrarier und die Katalanen sind einander werth.

#### Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Juni.

**Konservative Konsequenz.** Die „Kreuz-Zeitung“ lanzelt heute den konservativen Reichstags-Abgeordneten Freiherrn v. Langen ab wegen seiner Theilnahme an Abmachungen des deutsch-sozialen Landesverbandes für Pommern mit der antisemitischen Vereinigung für Norddeutschland, der Ahlwardt und Förster angehören. Konsequenz ist nicht die Stärke der Konservativen, denn während die „Kreuz-Zeitung“ sich gegen Herrn v. Langen wendet, agitirt Herr Liebermann von Sonnenberg im Wahlkreise Pinneberg-Elmsborn für den deutsch-sozialen Kandidaten v. Naab, zu dessen Gunsten die Konservativen auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichtet haben.

**Vollständig ergebnislos** war die Silber-enquete, die gestern geschlossen wurde. Dies wurde in dem Schlussworte des Reichs-Schahelkreises selbst zugestanden. Derselbe sagte in seinem Schlussworte:

Ich glaube, daß Uebereinstimmung in dreierlei Beziehung in dieser Versammlung erzielt ist:

daß in der That mit dem schwankenden und niedrigen Silberpreise gewisse Schädigungen für unseren Außenhandel und auch für unser inneres Erwerbsleben verknüpft sind,

daß Deutschland allein nicht in der Lage ist, wirksame Maßregeln zur Hebung des Silberwerthes zu ergreifen,

daß eine Hebung des Silberpreises im Wege der Monopolisirung, Kartellirung oder Regalirung der Silberproduktion jedenfalls nicht ausführbar sein möchte.

Streitig ist die Frage geblieben: ob überhaupt und eventuell auf welchem Wege die Steigerung des Silberpreises gegenüber der freien Produktion erreichbar erscheint,

welches Schwergewicht den durch den Silbersturz geschädigten wirtschaftlichen Interessen gegenüber den Interessen unseres gesammten Wirtschaftslebens beizumessen ist.

außer Gefahr sind. Hänge Deinen Arm in den meinigen. Stütze Dich auf mich. Nun ich weiß, wer Du bist, muß ich nach Deinen Kräften mich fügen.“

„Guter Mann!“ seufzte Esther, und lehnte sich vertrauens auf des Helfers Arm, der sie, obgleich die innere Ungebuld mit Messeln peitschte, langsam durch die noch ziemlich belebten Gassen dem Thore zuführte. Die Hüter desselben spotteten des Paares und machten sich weidlich über die bezechigten Schuler lustig, die nach dem Gelage mit schwerem Kopfe den Weg zur Heimath suchten. Dagobert ließ die rohen Gemüther gerne bei dem Glauben, der ihm und seiner Schutzgefohlenen so förderlich ward, und geleitete besonnen die Entkräftete zu einer Bank, die am Rande der Herestraße stand.

„Einen Augenblick darfst Du hier ruhen,“ sprach er zu Esther: „sprich jetzt, Mädchen — wie erkläre ich mir...?“ — „Fiorilla war meine Freundin geworden, wie ihr bereits wißt, edler Herr,“ antwortete das Mädchen, „sie nahm mich zu sich am gestrigen Tage, und ich ließ mich lieber ihre Hofe nennen, als daß ich noch länger in dem Hause geblieben wäre, wo Nachstellungen aller Art die Vaterlose verfolgten, die selbst zu den Füßen des Herzogs nur ein Versprechen freien Geleits gen Frankfurt erhalten hätte. Euer Ohm ahnte nichts von dem wahren Zusammenhange meiner Verhältnisse, und er schien viel Gefallen an der neuen Dienerin zu finden. Ehe jedoch Fiorilla mit der Bestimmung meines weiteren Geschicks im Reinen war, kamt Ihr. O, ich hörte Euch kommen, ich hörte Euch sprechen, und die Vergangenheit lag wieder vor mir wie ein Paradiesesgarten. Ich hoffte wieder, ich war beruhigt, ohne mir genau bewußt zu sein, warum. Fiorilla bestärkte mich in dieser seligen Beruhigung, als sie plötzlich bei mir eintrat. „Esther!“ sprach sie: „Dein Retter und Geleiter ist gefunden. Man spinnt Verrath gegen

#### Fenilleton.

##### Der Jude.

Deutsches Sittengemälde aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts. Von E. Spindler.

Schnell verließ er das Zimmer; Fiorilla eilte mit dem Lichte voraus. Auf der düstern Treppe schloß sich der Günstling der Italienerin, ein seiner Junge, aber wunderlich vermunnt in einen der Kleiderkammer des Prälaten entliehenen weiten Rock, und eine, Stirn und Wange verhüllende Kappe, an die beiden an. Dagobert, mit seinem eignen Geschick beschäftigt, schenkte ihm nur einen flüchtigen Blick, und schritt rüstig zu der Pforte, deren Schloß Fiorilla's Schlüssel nur zu langsam für des Jünglings Ungebuld öffnete. Thränen den Blicks reichte die Schöne von Geseua dem letztern die Hand, heftig schluchzend fiel sie dem Vermunnten um den Hals, und Dagobert war schon ziemlich voraus, ehe sein Begleiter, dessen Schritt von dem langen Gewande gehindert wurde, ihn erreichte. „Spüte Dich, Du verliebter Fröh-ins-Holz!“ raunte Dagobert dem Reuchenden zu. „Weit ist noch der Weg bis vor die Stadt, wenn Du außerhalb derselben wohnst?“ — Der zur Seite Laufende nickte stumm, und Dagobert setzte sich wieder in den alten Schritt, bis er in die Straße gelangte, welche er einst, dem Kloster flüchtig enteilend, nicht minder schnell gemessen. Wie ein Blitsstrahl fuhr ihm aber hier mit einem mal die Erinnerung an Esther, an des Herzogs Worte, an seine Liebe durch's Gehirn, und ungeschlüssig blieb er stehen. „Wie ist's?“ überlegte er: „soll ich das Mädchen, das ich liebe, wenn ich's gleich nicht gestehen will, einer

welche Relation zwischen dem Gold- und Silberpreise für eine internationale Regelung vorzuschlagen wäre, und

ob nicht die von verschiedenen Seiten vorgeschlagenen Heilmittel vielleicht gefährlicher wären wie die Silberkrankheit selbst.

All' dies wußten wir schon vor dem Zusammenritte der Währungsleute. So bleibt trotz des Vorbehalts weiterer Erwägungen der Reichsregierung alles beim Alten. Wir haben in diesem Falle keinen Anlaß, dies zu bedauern.

Es mag vom Standpunkte der Reichsregierung taktisch nothwendig gewesen sein, die Silberkommission tagen zu lassen, damit den Agrariern für einige Zeit der Mund geperret werde. Der naive Hoffnung, daß man die bimetalistischen Interessenten durch die Vorträge einiger Professoren überzeugen könne, hat sich wohl niemand hingeggeben. Statt derartiger fruchtloser Enquêtes wären genaue Untersuchungen über die Lage der Arbeiter viel nützlicher, fruchtbringender und dringender. Daran denkt man aber nicht im Reichskanzleramt. Das himmelschreiende Elend der Arbeiterklasse läßt die Herrschenden kalt, die Krokodilstränen der Agrarier sehen dagegen sofort den ganzen Regierungsbürokraten in Thätigkeit.

**Zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs** wird gegenwärtig im Reichsamt des Innern ein Gesetzentwurf ausgearbeitet. In demselben ist freilich keine Rede von der unlautersten Art des Wettbewerbes, die in der unbeschränkten Ausbeutung der Arbeiter besteht. Wo Staat oder Gemeinde als Unternehmer dastehen, gehen sie fast ganz in dem Geleise der Privatunternehmer, und bei der Vergabe öffentlicher Arbeiten an diese wird alles eher in Betracht gezogen, als das Verhältnis der Unternehmer zu den Arbeitern. Dem Verlangen der Sozialdemokratie an Staat und Gemeinden, wenigstens auf diesem Gebiete Normativbestimmungen zu erlassen, ist ein Höchstmaß der Arbeitszeit und ein Mindestmaß des Lohnes, das auch nur einigermaßen zu einer annähernd menschlichen Lebenshaltung hinreicht, festgesetzt, stößt auf den hartnäckigsten Widerstand der Regierungen und Behörden, die in demselben von allen bürgerlichen Parteien gleichmäßig unterstützt werden. Was von dem Gesetzentwurf der Reichsregierung verlaubar ist, ist weiter nichts, als kleinliche Bestimmungen im Bereiche des Verkehrs oder zum Schutze der Unternehmer selbst.

**Schlaf- und Gendelstante Wof,** „vossische Zeitung, königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen“ über die „Unabhängigkeit der Richter“! Der Haupteigenhümer der „Vossischen Zeitung“ ist bekanntlich der Landgerichts-Direktor a. D. und Millionär Lessing. Dem Mann hatte Niemand bei seiner Pensionierung eine Thron nachgereicht. Nach seiner Pensionierung spielte Herr Lessing in dem Prozeß Marx wider „Freisinnige Zeitung“, in der Eugen Richter für Herrn Lessing eine vergiftete Lanze zu brechen versucht hatte, eine insofern auffallende Rolle, als drei gelehrte Richter Herrn Lessing urkundlich attestierten, daß seine zeugeneidliche Bekundung die objektive Wahrheit nicht widerspiegeln. Befragtes Organ des Herrn Lessing hielt es für richtig, vor wenigen Tagen einen einer offiziellen Zeitung würdigen Artikel zu bringen, in der es die angebliche „Unabhängigkeit der Richter“ glorifizierte und wenig lebenswürdige, hämische Bemerkungen darüber seinen Lesern vorsetzte, daß Herr Landgerichts-Direktor Schmidt Ende 1893 um seine Pensionierung eingekommen war. Insbesondere imputierte es dem Herrn Schmidt, daß er aus „Ueberflus an Empfindlichkeit und Privatvermögen“ seine Stellung niedergelegt habe. Herr Landgerichtsdirektor Schmidt gehört zu jener im Aussterben begriffenen Gattung von Richtern, die mit stittlichstem Ernst unabhängig eine Verhandlung leiten und deshalb selbstverständlich insbesondere den Herren Wabelstrümpfern in der Seele zuwider sind. Herr Schmidt sendet der „Vossischen“ auf ihre plumpe Anzapfung folgende Berichtigung:

„Meine Enthebung vom Vortisch einer Strafkammer durch Verlegung an eine Zivilkammer ist im Schooße des Landgerichts-Präsidenten angeregt, von diesem letzteren aber durch Beschluß vom 9. Dezember 1893 abgelehnt worden. Demnach habe ich mich außerhalb jener Sitzung freiwillig zur Uebernahme des Vortisches einer Zivilkammer erbötet. Dies geschah aus Gründen, die ganz und gar außerhalb meiner Person lagen, und die sich deshalb der öffentlichen Mittheilung entziehen. Zu meinem Abschied, den ich zehn Tage später erbat, bestimmten mich die Motive jener Anregung, meine ungewollte Verlegung an eine Zivilkammer herbeizuführen, die ich unter anderen Umständen als einen Vorzug angesehen haben würde. Ob ich dadurch einen Ueberflus an Empfindlichkeit verrathen, ist Sache des subjektiven Empfindens. Privatvermögen“ besitze ich in so bescheidenem Umfange, daß die Pensionierung in Verbindung

den Junker. Ich werde ihn warnen; er muß fliehen, und Dich mit sich nehmen, ohne zu wissen, wer Du seist, denn der Erklärung und Einwendungen wäre dann kein Ende, und dennoch ist die Zeit nur allzugemessen. Ruth, meine Freundin! Dagobert ist ein edler Mann; er wird Dich nicht verlassen.“ Vermummt folgte ich Euch, und überlasse es Eurem Edelmuthe, ob Ihr Fiorillens Zusage erfüllen wollt.“

„Ob ich will, ist keinem Zweifel unterworfen.“ antwortete Dagobert kurz und gemein, denn er suchte hinter dieser Kürze den wahren unruhigen Zustand seines Herzens zu verbergen. — „Aber“, setzte er bei: „armes Mädchen! Wohin soll ich Dich führen? Gen Frankfurt, wo Dein Vater im Kerker liegt?“ — „Mein Vater ist unschuldig an jedem Fehl — o gewiß! glaubt es mir!“ versetzte Esther mit Zuversicht: „Gewiß kommt er mir ohne Fesseln bereits entgegen, und — wäre es nicht, — so bin ich in des alten Jochais Armen aufgehoben wie im Schooße der Mutter!“ — „Wohlan denn!“ sprach Dagobert: „So reiten wir noch diese Nacht. Jenes Dach beherbergt meine Rosse und meinen Knecht. Folge mir bis dahin, und wir wollen überlegen, wie Du am schnellsten fortzubringen bist.“ — Er unterstählte sie während des kurzen Gangs. — „Hast Du auch alles überlegt?“ fragte er an der Herbergsporte noch das Mädchen: „Ich bin ein junger wilder Geselle, dessen Arm Dich schon einmal umfing, dessen Lippen schon einmal auf den Deinen ruhten. Hast Du jeuer Zeit vergessen, oder meinst Du, ich hätte es gethan? Hegst Du Vertrauen zu mir, und übergibst Dich mir auf der weiten Fahrt ohne Schen, ohne Mißtrauen?“ — „Ob ich jeuer Zeit vergessen?“ fragte Esther entgegen mit leuchtendem Blicke: „Ihr schertzt wohl, edler guter Herr. Aber so wahr als

mit anderen sehr herben Schicksalsschlägen, die meine Familie neuerdings betroffen, mich in eine recht wenig günstige materielle Lebenslage versetzt hat. Berlin, 6. Juni 1894. Alexander Schmidt, Landgerichtsdirektor a. D.“

Anlässlich des Plans, Herrn Schmidt aus der Strafkammer-Abtheilung zu drängen, hatten wir (am 18. Dezember 1893) geschrieben:

„Der langjährige Vorsitzende der ersten Strafkammer am Landgericht Berlin I, Landgerichtsdirektor Schmidt, soll mit Ablauf dieses Jahres in die Zivilabtheilung des Landgerichts I übertreten und die Kammer für Ehefachen übernehmen. Mit ihm würde der unfehlige geistig und juristisch bedeutendste Vorsitzende der hiesigen Strafkammer zu Zivilsachen übergehen. Seine unrichtige Leitung der Verhandlungen und Klarheit bei der Urtheilsverlesung trat besonders in lange Tage andauernden Prozessen gegen Ganner, Beträger, Bucherer und dergleichen hervor. Offenbar war gerade Schmidt auch in politischen Prozessen bestrebt, unparteiisch die Wahrheit herauszufinden und ohne politische Voreingenommenheit zu erkennen. Wengleich von unseren Genossen manche auch unter seiner Leitung eine harte Strafe erlitten haben, so ging doch die allgemeine Ansicht dahin, daß Schmidt selbst ungern politische Ansichten in Strafgesetzsatzungen zu stark einklemmen wollte. Ob die Ueberzeugung, daß auf die Dauer kein Richterkollegium dem Andrängen politischer Gewalt widerstehen kann, ihm die strafrechtliche Thätigkeit verleidet hat, ist uns unbekannt.“

Seine jegige der „Voss“ übermittelte Berichtigung zeigt, daß wir damals nicht falsch kombinierten. Selbstverständlich hatte Ende Dezember 1893 fast die gesammte gegnerische Presse den Fall Schmidt todzuschweigen gesucht.

**Unterricht in der Technik des Zeitungswesens** sollte allen Richtern und Staatsanwälten ertheilt werden, damit nicht so häufig die Urtheile über Preßsünder so unverständlich für jeden Kenner des Zeitungswesens ansfallen. Wir werden zu diesem Rathe durch eine Bemerkung in einem vom Wittlager Schöffengerichte gefällten Urtheile, das von zwei höheren Instanzen bestätigt wurde, veranlaßt. In demselben wird festgestellt, daß unter allen Umständen vorauszusetzen ist, daß der Verleger von dem Inhalt der Zeitung vor ihrem Erscheinen Kenntniß genommen haben muß! In dem Urtheil heißt es: Es sei erwogen, daß nach § 21 des Preßgesetzes für den strafbaren Inhalt einer Zeitung der Verleger haftbar ist. Daraus ergebe sich, daß der Verleger nach dem Gesetze von dem Inhalt der von ihm verlegten Zeitung Kenntniß nehmen soll, und hieraus folge weiter, daß der Verleger keinen Grund zur Beschränkung hat, wenn jemand in der Annahme, daß er seiner gesetzlichen Verpflichtung nachgekommen, bei ihm eine Kenntniß des Inhalts der von ihm verlegten Zeitung annimmt.

Wer nur etwas von der Technik des Zeitungswesens versteht, weiß, daß bei einem Tageblatte mit mehreren Redakteuren, und andere giebt es ja nur in verschwindender Anzahl, selbst die Redakteure über den Inhalt der von ihnen nicht bearbeiteten Ressorts erst gleichzeitig mit den anderen Lesern des Blattes Kenntniß erhalten; dies ist umso mehr der Fall beim Verleger, der mit geschäftlichen Arbeiten belastet, weder Zeit noch Gelegenheit den Inhalt des Blattes vor der Drucklegung zu prüfen, was ja auch nur in seltenen Fällen von den Redakteuren gebuldet würde. Wozu hat übrigens das Preßgesetz die Zeichnung durch einen verantwortlichen Redakteur den Zeitungen zur Pflicht gemacht, wenn auch der Verleger haftbar gemacht werden kann. Die Vernehmung von Sachverständigen bei Preßprozessen müßte in jedem einzelnen Falle durchgeführt werden, um unseren Richtern und Staatsanwälten wenigstens etwas Verständniß von der Technik des Zeitungswesens beizubringen.

**Ein juristischer Pinsel phantastirt** in der „Kölnischen Zeitung“, die durch den Bogkott geschädigten Brauer könnten auf dem Wege der Zivillage Entschädigung von den Veranhaltern des Bogkotts erlangen. Kein Zweifel, sie können es, wenn die Richter Umstürzer sind, und die Sozialdemokraten und anderen bösen Menschen aufstacheln wollen, die ungezählten Millionen, um die sie durch das Sozialistengesetz, durch alle möglichen sonstigen Maßregelungen, durch Militärboykott u. s. w. geschädigt worden sind, auf dem Zivilwege von den Urhebern einzuklagen — was beiläufig vielleicht einmal geschehen dürfte. Jedenfalls kämen wir bei solchen Klagen und Gegenklagen sehr gut weg. Für jeden Feinling, den man von uns fordert, würden wir eine Krone zu fordern berechtigt sein. Also nur zu!

**Politische Gendelerei** schlimmster Sorte ist es, wenn bürgerliche Blätter jetzt vom Brausewetter-Fieber ergriffen, die Behauptung aufstellen, der Ruf der deutschen Justiz, der bisher makellos gewesen, fange seit Kurzem an, sich stark zu trüben. Wir müßten nicht, daß der Ruf der deutschen Justiz jemals ein makelloser gewesen sei. „Die

diese Heden um uns her den Frühling künden durch ihre Knospen, so wahr ist das Vertrauen zu Euch, das in mir lebt. Auf der weiten Welt lebt keiner, dem ich so zuversichtlich mein Leben anvertraue und meine Ehre. Ihr werdet mich führen zum Vater, Ihr werdet durch Eure fromme Hilfe meinen Pfad ebnen, und den Frieden in mein Herz zurückbringen, wie die scheidende Sonne den Thau auf die lechzende Wüste. Denn auch Ihr werdet dann scheiden von mir, und nur die Erinnerung in meiner Seele lassen und die Dankbarkeit, die nimmer verlöschende. Mein Gebet für Euch sei Friede, und der hochgelobte Gott vernimmliche hundertfältig den Segen, den schon jetzt mein Mund vom hohen Himmel herab auf Euch lenken möchte!“

„Genug! genug!“ fiel hier Dagobert rasch und abstoßend ein: „Laß uns erst aus Ziel gelangen, und möge es für Dich ein erwünschtes sein. Die Vergangenheit werde nie zwischen uns berührt, und Deine Gesinnung über diesen Punkt giebt mir erst den Muth, Dein Gefährte zu bleiben, bis an Frankfurts Thore. Von da aus findest Du den Weg ins Vaterhaus allein, und unter uns sei es, als hätten wir uns nie gekannt.“

„So sei es!“ flüsterte Esther zögernd und kleinlaut, während Thränen ihre Wangen benetzten. Der junge Mann hingegen, der jetzt erst einen großen Sieg über sein eigenes Herz davon getragen, und nun den Talisman gefunden zu haben vermeinte, jeder Versuchung zu widerstehen, ging sorglosen Muthes hin, die Rosse zu rüsten, und alles zu der Reise vorzubereiten, die auch mit dem ersten Frühstrahl angetreten wurde.

(Fortsetzung folgt.)

Richter in Berlin“ des Potsdamer Windmüllers sind bekanntlich ein Stückchen „Friedericianischer“ Muth, die überall da, wo die Kritik ansieht, in blauen Dunst zerfließt, und von Franz Mehring in seiner trefflichen „Leßing-Legende“ meisterhaft aufgelöst worden ist. Die deutsche Inquisition und Rabinets-Justiz von 1848 war in aller Welt berüchtigt und auch seit 1848 hat unsere Justiz, mit sehr vereinzelten Ausnahmen, keine Vorbeeren geerntet. Fälle, wo unsere Justiz sich von der herrschenden Reaktionsströmung freigehalten hätte, sind sehr dünn gesät, und um uns bloß auf die „glorreiche Aera Bismarck“ zu beschränken, so sei hier nur hingewiesen auf die unzähligen Sozialistenprozesse vom Leipziger Hochverrathsprozess an bis zum Elberfelder Prozeß, auf die Diktandenprozesse und auf die Hochverraths- und Aufrührersprozesse mit ihren Verurtheilungen zu Zuchthaus — Justizthaten, neben denen die neueste Brausewetterei wie eine Mücke neben einem Elefanten erscheint.

Der wohlgezogene, in Gottesfurcht, frommer Sitte und Unterthanentreue aufgewachsene Deutsche hat gar nicht die Fähigkeit, zu verstehen, woher die Empörung der Engländer über die „Sternkammer“ kommt — an Sternkammern, wenigstens an Sternkammer - Urtheile, sind wir Deutsche gewöhnt seit Jahrhunderten.

**Nachwahl zum Landtage.** Wie die „Breslauer Zeitung“ meldet, ist bei der Landtags-Erwahl in Oppeln Major Samula (Zentrum) mit 229 Stimmen gegen den Domänenpächter Meymann (Lns.), welcher 178 Stimmen erhielt, gewählt worden.

**Die Kulturaufgaben leiden nicht.** Der „Frankfurter Ober-Zeitung“ entnimmt die „Voss-Zeitung“ die folgende Meldung aus dem Dorfe Eschbruch:

„Nachdem schon mindestens zehn Jahre hindurch über den Neubau eines Schulhauses mit zwei Klassen und zwei Lehrerwohnungen (der jegliche Lehrer unterrichtet bereits seit zwölf Jahren etwa 140 Kinder) verhandelt wird, ist jezt gelegentlich einer Reparatur der eine Dachgiebel herabgestürzt. Ein weiteres Unglück ist glücklicherweise nicht zu vermeiden, denn der eine miteruntergefallene Zimmergeselle kam mit einigen Verstauchungen davon. Die Decke in der Oberkubel der Lehrerwohnung droht schon seit langer Zeit einzustürzen und ist jezt mit einer Versicherung versehen worden. Da jedoch der eingefallene Giebel mit Bretterschalen verschlagen ist, so sind die Räume unbewohnbar geworden und dem Lehrer mußte das Schulzimmer, dessen Decke ebenfalls dem Einsturz nahe war, und die deshalb neuerdings mit Streifhaken versehen werden mußte, als Wohnzimmer überlassen werden. Der Schulunterricht wird vorläufig in der Kirche fortgesetzt, bis miethsweise ein anderes Lokal in der Kolonie beschafft werden kann. Der nicht eingestürzte Giebel des Hauses steht ebenfalls schon geraume Zeit schief, ebenso der Schornstein. Da durch den drohenden Einsturz des letzteren Lebensgefahr vorhanden ist, so will schon lange kein Schornsteinfeger in ihn steigen und ihn reinigen.“

**Die Herkula'sche Freiland-Expedition** scheint noch rascher, als wir erwarteten, dem unvermeidlichen Schicksal verfallen zu sein. Wie aus anscheinend durchaus sicherer Quelle verlautet, ist unter den „Pionieren“, die sich Ende März 30 Mann stark unter Führung eines gewissen Dr. Wilhelm in Hamburg einschiffen, noch vor Erreichung des gelobten Lands Streit ausgebrochen, so daß die Expedition wahrscheinlich vor Erreichung des Ziels wieder umkehren wird. Und das wäre das Gescheiteste; denn wenn die „Pioniere“ wirklich bis in das ungasliche „Rentaland“ vordringen sollten, so würden sie allem Vermuthen nach schwerlich je wieder zurückkommen. Denn ein tollereres, sinnloseres Unternehmen — das wiederholen wir jezt, mit verstärkter Wucht und stehend auf die seitdem gemachten Erfahrungen — ist niemals geplant worden; und es bleibt uns ein psychologisches Räthsel, wie ein Mann gleich Dr. Herkula, der zwar ein schlechter Nationalökonom, aber unzweifelhaft ein guter Rechner ist, eine so verrückte Idee fassen konnte.

**Zur Volksabstimmung über das Recht auf Arbeit** schreibt man uns aus Zürich:

Wie vorauszusehen war, ist in der Volksabstimmung vom Sonntag die sozialdemokratische Initiative für das Recht auf Arbeit mit großer Mehrheit abgelehnt worden; den 72 513 Ja stehen 291 690 Nein gegenüber. Zu den 52 000 Antragunterzeichnern der Initiative haben sich also 20 000 Anhänger hinzugefügt. Die sozialdemokratische Partei ist von diesem Abstimmungsergebnisse nicht überrascht. Ob schon sie in den letzten Wochen eine fleißige Agitation in Wort und Schrift entfaltet, gab sie sich über den schließlichen Ausgang der Kampagne keinerlei Täuschung hin. Darum haben aber auch die bürgerlichen Parteien nicht besonderen Anlaß zu triumphiren, abgesehen davon, daß 72 000 Bürger, welche sich für die Initiative erklärten, eine keineswegs zu verachtende Zahl sind. Immerhin muß die große Schaar der Verwerfenden wieder einmal lehren, welche Niesenarbeit an Aufklärung noch verrichtet werden muß, bis die Anhänger der sozialdemokratischen Ideen in der Schweiz zu einer einflußreichen Stellung in der Gesetzgebung gelangen werden.

Im Einzelnen ist noch bemerkenswerth das Verhältnis der annehmenden zu den verwerfenden Stimmen in einer Anzahl von Gemeinden und Kantonen. Im III. Kreise der Stadt Zürich erhielt die Initiative 2340 Ja (1492 Nein), im IV. Kreise 778 Ja (777), Winterthur 1499 Ja (1515), Weihen 274 Ja (152), Oberwinterthur 372 Ja (342), Neuhausen bei Schaffhausen 224 Ja (152), Stadt Basel 2384 Ja (3996), Bern 2157 Ja (2881), Stadt Zürich 5646 Ja (7700), Chaux-de-Fonds 1579 Ja (1670); von den Kantonen weisen günstigere Verhältnisse auf: Tessin 1584 Ja (2292), Gené 3405 Ja (5770), Solothurn 2618 Ja (5396), Glarus 1504 Ja (2753), Basel-Stadt 2602 Ja (4225) u. s. w.

Mit Sicherheit darf angenommen werden, daß die 72 000 Bürger, welche sich für das Recht auf Arbeit erklärten, Sozialdemokraten sind, und damit zugleich deren Stärke ausgedrückt ist. In einigen Jahren sollte eine neuerliche Veranschauung 100 000 ergeben!

Die ständeräthliche Kommission, welche f. Z. das Recht auf Arbeit vorbereiten, hat mit Mehrheit beschlossen, das bundesräthliche Postulat, betreffend Arbeitsnachweis und Arbeitslosen-Versicherung dem Ständerath zur Annahme zu empfehlen.

**Das Zündhölzchen-Monopol in der Schweiz.** Unser schweizer Korrespondent schreibt uns:

In der eben begonnenen Session der Bundesversammlung wird wieder über das Zündhölzchen-Monopol, das der Nationalrath in der Märzsession mit 61 gegen 60 Stimmen abgelehnt hat, verhandelt werden. Dasselbe war vorher vom Ständerath angenommen worden, dessen Kommission beschlossen hat, auf dasselbe zurückzukommen. Man will nun auf Umwegen zum Monopol kommen. Es soll nämlich ein Gesetz zum Schutze der Zündhölzchenarbeiter geschaffen werden, in welches das Verbot des Verkaufs von gelbem Phosphor und das Recht zum Schließen der hierzu dienenden Betriebe gegen eine entsprechende Ent-

schädigung aufgenommen wird. Unter gewissen Bedingungen würde die Konzeption zur Fabrikation phosphorreicher Händ-  
hölzer an bereits bestehende oder neu zu gründende Fabriken  
erteilt werden. Der Ständerath hat offenbar den guten  
Willen, in Sachen etwas Eingreifendes zu thun und darf man  
daher auf die Lösung der seit vielen Jahren offenen Händ-  
holzfrage gespannt sein. —

**Der Gallifet-Skandal** ist noch nicht zu Ende. Paschal  
Grouffet, ein Mitglied der Kommune hat den „Schlichter  
der Kommune“ fest gepackt — er verlangt, daß entweder ihm  
dem Ankläger oder dem Angeklagten Gallifet der Prozeß  
gemacht werde. Und Herr Gallifet wird kaum ausweichen  
können. Diefem Verbrecher gegenüber hat die Revanche  
der Kommune begonnen. —

**Der internationale Bombenanarchist und Lockspitel  
Baron Sternberg** ist noch nicht verhaftet. Natürlich nicht.  
Als es vor 48 Stunden hieß, ein Lödel von holländischem  
Polizeimann habe den Burschen in Amsterdam gefangen,  
zitterte das ganze internationale Spittelthum — und die  
Aktien des Ministeriums Dupuy hatten einen Kurssturz. —

**Die belgische Wahlreform** ist nun endgültig fertig,  
nachdem die Kammer das betreffende Gesetz im Ganzen mit  
70 gegen 44 Stimmen angenommen hat. Die Reform  
taugt bekanntlich sehr wenig, denn sie enthält die Ungeuer-  
lichkeit des „gehäuften“ Votums, das heißt, daß der Reiche  
und gesellschaftlich Höherstehende mehrere Stimmen zu  
gleicher Zeit hat, und ferner bevorzugt sie die, leider zum  
großen Theil noch unter pfläglichem Einfluß stehende Land-  
bevölkerung auf Kosten der städtischen Bevölkerung. Inbe-  
sondere der Sozialismus kommt auch in die Dörfer und bringt  
Licht in die annoch „antiolektivistischen“ Bauernschädel. —

**Das Gachis**\*) — wir finden in unserer Sprache kein  
gleich passendes Wort — das wüste Wirrsal in  
Italien wird immer wüster und wirrer. Crispi hat  
seinen Finanzplan mit sammt seinem Finanzminister über  
Bord geworfen, und kämpft verzweifelt mit den feindlichen  
Elementen, um sich über Wasser zu halten. Sein Neben-  
buhler Giolitti wird von den Schlammwogen des Panama-  
sumpfes verschlungen, aber los ist er ihn nicht. Denn die  
Faust des Ertrinkenden hat den Panama-Bruder gepackt  
und hält fest wie ein Schraubstock. — Hier das  
Buchtthaus, — dort das grollende Volk. Wie wird das  
enden? —

**Die bulgarische Regierung** wird demnächst die  
Kammer auflösen und sofort Neuwahlen vornehmen lassen. —

**In Bulgarien** geht die Entfernung des Hausmeiers  
Stambulow nicht so glatt von statten, als von den  
Anhängern des Fürsten behauptet wurde. Stambulow, der  
sich nicht lebendig begraben lassen will, wie andere Leute,  
hat der neuen Regierung offen die Fehde angefangen, und  
will ihr in der Kammer — Sobranje — entgegenreten.  
Der bulgarische Bismarck hat wenigstens Courage. —

**In China** ist wieder eine größere Rebellion ausge-  
brochen, auf welche die russische Regierung Hoffnungen zu  
setzen scheint, der sie also nicht ganz fremd sein dürfte. —

**Auf dem amerikanischen Klassenkampfplatze**, in  
den pennsylvanischen Streikgebieten, geht's wild zu. Es  
ist der Bürgerkrieg in schönster Form. Mit der Ueber-  
schrift: „Infanterie, Kavallerie und Ar-  
tillerie“ schreibt unser Philadelphiaer Partei-Organ  
unterm 25. Mai d. J.:

Für fünf Dollars pro Tag und Mann kann ein pennsyl-  
vanischer Schloßhüter soviel Schnapphähne anwerben, als ihm  
beliebt, und diese Kerls aus der Hefe der Bevölkerung können  
Arbeiter zusammen schießen, ohne daß ein Hahn danach  
kräht. Die Sheriffs in der Kokeregeion, Kreaturen der Fa-  
brikanten, schwören solche Individuen als „Deputies“ ein,  
sowie die „Operatoren“ haben wollen und bezahlen und zur  
Zeit sind nicht weniger als 900 derselben bis an die Zähne  
bewaffnet in der Region angestellt. Nun aber begnügt man  
sich nicht mehr mit Infanterie; die hiesige „Preß“, das  
Fabrikanten-Organ, läßt sich nämlich folgendes aus Scottdale  
telegraphiren:

In Erwartung eines Ausbruchs (infolge der Importation  
neuer „Hände“) treffen alle Fabrikanten Vorbereitungen. Für  
B. J. Kaine kamen heute 25 Pferde an und morgen wird  
er soviel Leute mehr im Sattel haben, bewaffnet mit  
Karabinern und Revolvern. Er hat ferner eine Maschin-  
Kanone, welche über 1000 Schüsse per Minute abgeben kann  
und von der Kavallerie mitgeführt wird. Er kann mit  
seiner berittenen Polizei jedes seiner Werke von Moyer aus  
in weniger als einer Stunde erreichen. Gestern Abend  
empfang er eine Wagenladung kräftiger Männer in Moyer...  
Die pennsylvanischen Schloßhüter haben also jetzt reguläre  
Armeen, aus Infanterie, Kavallerie und Artillerie bestehend.  
Die Pinkertoner der alten Sorte sind ein überwundener  
Standpunkt. Dem Antipinkerton-Gesetz, welches die letzte  
Legislatur passirt hatte und worüber unsere „konserватiven“  
Gewerkschaftler als einen großen Erfolg aus Freude Burzel-  
bäume schlugen, haben die Fabrikanten ein schönes Schnippen  
geschlagen. Sie brauchen bloß über den Sheriff zu verfügen  
und es auf einige Tausend Dollars nicht antommen zu lassen,  
(welche sie doch nachher wieder aus den Arbeitern heraus-  
schinden), um gleich ganze Armeen auf die Beine zu bringen.  
Werden die Arbeiter nun nicht bald einsehen, was es heißt,  
über die politische Gewalt zu verfügen und daß alle ihre furcht-  
baren Leiden in dem Kampfe ausschließlich auf ökonomischem  
Boden ruhen, wenn der Gegner die öffentliche Macht auf  
seiner Seite hat?

Das Vorstehende war bereits geschrieben, als die Depesche  
von der letzten Mezelei unter den Arbeitern in der Colo-  
regien eintraf. Daß die mörderischen Galunken ohne  
jede Provokation auf Leute schossen, welche auf der öffentlichen  
Landstraße standen und auf solche, welche davon liefen, wird  
in der Depesche selbst zugestanden. Das vergossene Blut  
dieser Proletarier schreit zum Himmel. Wie lange noch  
werden die Arbeiter diese Mordwirthschaft theilnahmslos  
dulden?

Der vorstehend erwähnten Mezelei sind seitdem einige  
weitere gefolgt.

Unsere Kapitalistenblätter, die so fürchterlich über die  
Forderung der „Anarchisten“ auf Aufhebung des  
Staats getren, wollen wir bei dieser Gelegenheit darauf  
aufmerksam machen, daß in den Vereinigten Staaten, dem  
kapitalistischsten aller bestehenden Staatswesen, jene „an-  
archistische“ Forderung nahezu erfüllt ist. Der „Staat“ ist  
dort nicht bloß, wie in anderen Staaten, die Re-  
gierungsmechanik der herrschenden Klasse, sondern er hat  
dieser auch eine Menge von Funktionen direkt übertragen,  
die er bei uns für sich monopolisirt. Zum Beispiel die  
allerwichtigste von allen: die Aufstellung einer  
bewaffneten Macht. Die amerikanische Bourgeoisie  
hält sich zum Privatgebrauch ihr eigenes

stehendes Heer; sie kann also durch den  
„Staat“ nicht vergewaltigt werden. Wohl aber kann  
sie den „Staat“ vergewaltigen, wenn er sich  
vernünftig macht. Kurz in puncto der Aufhebung oder  
Bermichtung der Staats ist in Amerika das anarchische  
Ideal nahezu verwirklicht durch die kapitalistische  
Gesellschaft, deren Verwandtschaft, ja innerliche Einigkeit  
mit dem Anarchismus, ihrem eigenen Reflex und Ausfluß,  
nicht oft genug enthüllt und betont werden kann. —

**Ueber die Betrügereien Carnegie's**, des ameri-  
kanischen „Patrioten“ und Musterbourgeois schreibt ein  
amerikanisches Blatt, die „Wahrheit“:

Unser großer Wohlthäter und Schützgötter Carnegie, hat,  
obwohl er ein Republikaner mit dem Patriotismus, der  
ihn immer ausgezeichnet hat, seine Nacht dem Präsidenten  
Cleveland, obwohl dieser ein Demokrat, zu Spazierfahrten  
auf dem Atlantischen Ozean zur Verfügung gestellt. Eine  
Spazierfahrt auf unseren Kriegsschiffen ist nämlich  
nicht ganz geheuer.

Ältere Zeitungleser werden sich vielleicht noch daran  
erinnern, daß unsere Flotte in den 70er Jahren so viele  
Panzerfahrer im Hafen von New-York verlor, — weil die-  
selben das Unglück hatten, mit Kohlen-Barges, Sand-  
booten und anderen schrecklichen Fahrzeugen zusammen  
zu stoßen. Es hat zwar niemals verlautet, daß den  
kleinen flotten Kohlen- oder Sand-Zubern jemals etwas dabei  
passierte; unsere stolzen Panzerregatten dagegen pflegten sich  
nach einem solchen Zusammenstoß prompt auf eine Seite zu  
legen und zu „verenden“. Die New-Yorker Presse hat damals  
böhmisch ein gänzlich Verbot aller Kohlen-, Haring- und  
Sand-Schiffe zu gunsten von Onkel Sam's\*) Eisen-Kolossen  
befürwortet, und der damalige (republikanische) Marinesekretär  
Chandler sowie sein Schiffskontraktor Moach wurden in Wort,  
Schrift und Bild vielfach verhöhnt. Seither wurde eine neue  
Flotte gebaut, und da unsere Presse seit den 70er Jahren noch  
viel monopolistischer geworden, wie früher, wurde dem  
Publikum die Idee eingepflanzt, daß unsere herrliche Flotte  
jetzt all right sei.

Wie es sich nun herausstellt, ist diese Idee irrig. Daß in  
jüngster Zeit weniger Unfälle vorgefallen, ist nur dem guten  
Glück und dem Umstande zuzuschreiben, daß unsere Seehelden,  
durch die Erfahrung klug gemacht, jetzt auch dem kleinsten Ge-  
mischel in weitem Bogen aus dem Wege gehen. In den  
13-jährigen Stahlplatten des Panzers „Monterey“, 3. B. finden  
sich handgroße Löcher, welche nothdürftig „ge-  
pflastert“ wurden, um sie den Augen des Regierun-  
gsinspektors zu verbergen. Die Platten befanden sich überhaupt  
oftmals in einem schwammigen, „faulen“ Zu-  
stande, wurden aber stets „gedokktert“, — denn jede  
derselben repräsentirte einen Werth von 15 000 Dollars für  
die Homestead-Gesellschaft.

Kurzum, der große Patriot Carnegie wußte sehr wohl,  
was er that, als er unseren Kölige im Frack, Grover  
Cleveland dem Dicken, seine Vergütungs-Nacht zur Verfügung  
stellte. Denn wir sehen den Fall: — Grover befand sich zum  
Vergnügen am Bord des „Monterey“, und dieser würde einer  
Haring-Smace nicht schnell genug ausweichen, — welcher schreck-  
lich Unglück könnte da unser Vaterland betreffen, obwohl  
Grover, den Gesetzen der Natur nach, im Wasser schwimmen  
sollte, wie eine Ente...  
Die Untersuchung ist nun eröffnet und hat die schlimm-  
sten Vermuthungen und Anklagen bestätigt. Erstaunlich ist  
das nicht. Warum sollte Amerika nicht seine Panzerflotte  
haben so gut, wie wir unsere Schienensider? Und wir  
wetten, der Panzerflotte Carnegie kommt ebensovienig ins  
Zuchtthaus wie der Schienensider Baare. Eine Krähle haßt  
der anderen die Augen nicht aus. —

## Parteinachrichten.

**Die der Boykott in Dresden wirkt**, darüber befehlt uns  
der „Eibthal-Vote“, ein gemäßigtes Blatt. Dasselbe  
schreibt: „Infolge des Boykotts hat die Walsch-  
schlößchen-Brauerei in dem lehtvergangenen  
Monat, außer dem Tonnenbier, 1900 Hekto-  
liter Flaschenbier weniger verkauft.“

Das macht also täglich 12 258 halbe Liter-  
flaschen, welche außer dem Tonnenbier weniger  
verkauft wurden.

Bei dieser Sachlage ist's ganz selbstverständlich, daß auch die  
Aktien fallen. Am 17. April, dem Tage vor Erklärung des  
Boykotts, standen die Aktien der Walschschlößchen-Brauerei auf  
314, und im Börsenbericht vom Montag, den 4. Juni, sind sie  
mit 280 verzeichnet, das bedeutet ein Fallen des Kurses um reich-  
lich 9,23 pCt.

Der Boykott wirkt gut! Zur Freude der in ihrem Rechte  
beeinträchtigten Arbeiter-Gesellschaft konstatiren wir das, mag die Presse  
der Ordnungsmächte im Auftrage des Brauereipropheten  
heulen, so viel sie will.

**Sozialtreibererei**, das alte, beliebte schmutzige  
Mittel unserer Gegner wird jetzt wieder allerwärts mit großer  
Vorliebe angewendet; freilich der Erfolg — bleibt in der Regel  
aus. Kürzlich berichteten wir, daß auch unsere Zeiger Partei-  
genossen sich genöthigt sahen, einige Vokale zu sperren, weil ihnen  
die Säle verweigert wurden. Einen Sieg haben die Zeiger  
Genossen nun bereits in Droyßig bei Reitz errungen. Der  
betreffende Wirth war von den „Gutgeinterten“ dazu ver-  
anlaßt worden, den Sozialdemokraten den Saal zu verweigern;  
dafür hatte man ihm reichen Besuch des „anderdenkenden“  
Publikums in Aussicht gestellt. Die Arbeiter mieden daraufhin  
natürlich das Lokal, die „Besinnungstüchtigen“  
blieben aber ebenfalls aus, und so mußte der Wirth bald nach-  
geben, sündemals die Arbeiter überhaupt die besten Gäste sind.

Das ungefähr dürfte auch das Schicksal der Berliner  
Gastwirth sein, falls es ihnen gelüsten sollte, mit in das  
Horn der Brauereireisiger zu treten. Soviel Naivität trauen wir  
aber den Berliner Lokalhabern nicht zu; hat doch schon  
ein großer Theil derselben durch ihr Fernbleiben von der samolen  
Versammlung vom Dienstag bewiesen, daß sie nicht gewillt sind,  
den Brauereiprohen die Kastanien aus dem  
Feuer zu holen.

**Vom Braunschweiger Bierboykott.** Die Braun-  
schweiger Flaschenbier-Händler scheinen es besser  
als die Berliner zu verstehen, ihre Interessen den Brauereipro-  
phen gegenüber wahrzunehmen. Sie erklärten sich in einer  
Versammlung mit den Arbeitern solidarisch und nahmen folgende  
unabweisliche Resolution an: „Die heute am 5. Juni in „Stadt  
Volkensbüttel“ tagende stark besuchte Versammlung der Flaschen-  
bier-Händler Braunschweigs erklärt sich mit den Brauerei-  
Arbeitern solidarisch und fordert von den Brauereien die Auf-  
hebung der Aussperrung des Personals, wibrigensfalls die Händler  
Braunschweigs sich auswärtigen Brauereien gegenüber kontraktlich  
verpflichten, ihre Biere von diesen zu beziehen.“

**Die Parteigenossen von Saargemünd** haben beschlossen,  
vorläufig den „Offenburger Volksfreund“ als ihr Partei-Organ  
zu betrachten und zu veröffentlichen. — Alle Zuschriften in Partei-  
Angelegenheiten sind laut Beschluß an den keinem der bestehen-

den Klub angehörenden Vertrauensmann Genossen L. E. M. e l  
S a a r g e m ü n d, Nikolausstraße 3, zu richten.

**Bei den Gewerbegerichts-Wahlen in Gevelsberg**  
hat dort unsere Partei den ersten Sieg errungen. Außer der  
Arbeiterpartei konnte keine andere geeignete Kandidaten finden.

**Die österreichische Sozialdemokratie.** Gleichen Schritt  
mit der wirtschaftlichen Entwicklung in O e s t e r r e i c h hat auch  
die dortige proletarische Bewegung gehalten. Die Wiener „Volk-  
tribüne“ weist dies in einer ihrer letzten Nummern recht an-  
schaulich nach durch folgende übersichtliche Zahlen:

Parteitag von	Organi- sationen in	Mitglieder in denselben	Arbeiter- blätter
Hainfeld 1888	104	15 498	9
Wien 1891	219	17 160	26
Wien 1892	331	?	?
Wien 1894	796	120 530	62

Unter der Rubrik „Arbeiterblätter“ sind politische und ge-  
werkschaftliche zusammengefaßt, die Auflage dieser Blätter ist  
von 21 500 im Jahre 1888 auf 206 500 im Jahre 1894 gestiegen;  
die Stärke der Partei hat sich seit 1888 ver-  
fäcndert. Von der politischen Regsamkeit der Partei  
gibt die Thatsache Zeugniß, daß sie im letzten Jahre, 1893, nicht  
weniger (im Gegentheil mehr, weil nicht alle bekannt wurden)  
als 5155 Volksversammlungen mit politischer Tagesordnung ab-  
gehalten hat. Auch die Thatsache, daß im letzten Jahre Ver-  
urtheilungen von zusammen 27 Jahren 11 Monaten 8 Tagen  
und 1061 fl. 50 kr. Geldstrafe stattgefunden, bloß in der deutschen  
Organisation und ungeachtet vieler Tausende von Massen-  
abstrafungen von geringer Einzeldauer wegen § 29, Streiks etc.,  
ist ein lebendiges Zeugniß für die starke politische Thätigkeit der  
Partei.

**Politikalisches, Gerichtliches etc.**

— Der Reichstags-Abgeordnete Genosse  
H o s m a n n in Chemnitz war vom dortigen Landgericht am  
14. Oktober wegen Beleidigung zu 1 Monat Gefängniß ver-  
urtheilt worden. Die Beleidigung wurde darin gefunden, daß er  
auf einem sozialdemokratischen Volksfest dem Gendarmen Freische,  
der ihm mehrmals erklärte, daß das Singen verboten sei, zu-  
rief: „Machen Sie keine Aufhefung! Ich lasse mich in  
meinen bürgerlichen Rechten nicht beeinträchtigen!“ Und  
ferner darin, daß, als der Gendarm ihn ansah und  
sagte: „Werken Sie sich Ihre Worte“, er laut rief:  
„Kinder, Ihr habt gesehen, daß er mich angerepelt hat!“  
In der Revision rügte der Angeklagte Verkennung des Begriffs  
der Ehrverletzung. In den Urtheilsgründen sei weder objektiv  
noch subjektiv eine Beleidigung erwiesen. — Das Reichsgericht  
war ebenfalls der Ansicht, daß die Absicht des Angeklagten, den  
Schutzmann zu beleidigen, im Urtheil überhaupt nicht festgestellt  
sei, auch die objektive Feststellung der Beleidigung sei bedenklich.  
Es hob darum das Urtheil vom 14. Oktober auf und verwies  
die Sache an die Vorinstanz zurück.

— Anklagen wegen Beamtenbeleidigungen  
regnet es gegenwärtig förmlich herab und namentlich ist es  
natürlich die sozialdemokratische Presse, die damit bedacht wird.  
Gegen die „Thüringer Tribüne“ und zwar gegen den Redakteur  
G r a f f e n b e r g wurde am 6. Juni vor der Erfurter  
Strafkammer wiederum wegen zwei Beamtenbeleidigungen ver-  
handelt. Im ersten Falle sollte die Armenverwaltung beleidigt  
sein und im anderen Falle handelte es sich um den durch den  
Schaffnerprozeß bekannt gewordenen Berliner Kriminal-  
kommissar Z i l l m a n n, von dem gesagt war, er habe versucht,  
die Schaffner zu bestechen. Wegen dieser Verbrechen“ erhielt  
G r a f f e n b e r g insgesamt 4 1/2 Monate Gefängniß. — Die  
„Nordd. Allg. Ztg.“ plädirte dieser Tage für draconische Strafen  
gegen alle Beamtenbeleidigungen. Der Gerichtshof scheint der  
gleichen Anschauung gehuldigt zu haben.

— Genosse S c h m i d, Redakteur der „Münch. Post“, wurde  
in zweiter Instanz zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt. Es  
handelte sich, wie immer, um einen Artikel, durch den sich irgend  
jemand beleidigt fühlte.

— „Sächsisch.“ Das ehemals Friesenische „Vaterland“  
hatte den „christlichen“ Wunsch ausgesprochen, der verantwortliche  
Redakteur der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, der die 600 Ver-  
schleißer des boykottirten Walschschlößchen-Bieres namhaft gemacht  
hatte, möge wegen dieser Straftat mit einer sechshundertfachen  
Strafe belegt werden. Ein Korrespondent der „Frankfurter-  
Zeitung“ hat nun der letzteren seine Meinung mitgetheilt, die  
dahin ging, daß es undenkbar sei, daß ein sächsisches Gericht  
diese Auffassung theilen werde. Die Redaktion des genannten  
Blattes bemerkt aber dazu: „In Sachsen giebt es nichts  
Undenkbares in solchen Dingen.“

## Dermisches.

**Ueber Wien und Umgebung** ging am Donnerstag,  
Morgens vor 7 Uhr, ein Wolkenbruch mit Hagelschlag nieder,  
wie er, nach einem Bericht des „Berliner Tageblatt“, seit  
Menschengedenken nicht beobachtet wurde. Die Hagelkörner er-  
reichten die Größe von Taubeneiern und zertrümmerten in allen  
Straßen auf der Wetterseite sämtliche Fensterscheiben.  
Viele Häuser sahen aus wie nach einem Bombardement.  
Die Straßen sind mit Hagel breit bedeckt und bieten  
einen Winteranblick. Viele Wohnungen sind von Wasser  
und Hagelmassen überschwemmt. Vögel wurden nach Tausenden  
getödtet. Zahlreiche Unglücksfälle sind zu beklagen. Auf dem  
Schwarzaderplatz wurde ein Kutscher getödtet; in Simmering  
scheuten die Pferde einer Artillerie-Abtheilung; zwei Personen  
wurden schwer, 13 Soldaten und ein Offizier leichter verwundet.  
In der Landes-Irenenanstalt und im allgemeinen Krankenhaus  
überfluthete der Hagel und die Wassermenge die Krankenzimmer, so  
daß unter den Kranken eine Panik ausbrach. Kranke, die sich nicht  
bewegen konnten, stießen Hülfsrufe aus; an vielen Kliniken mußten  
wegen der Ueberschwemmung die Vorlesungen eingestellt werden.  
Beim Exerciren wurde ein Hauptmann und ein Lieutenant schwer  
verwundet; im Prater ein Mann von einem stürzenden Baum  
erschlagen. Der Prater und der Stadtpark wurden vollständig  
verwüstet.

**Explosion.** Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Essen an  
der Ruhr, daß auf dem Schachte „Prosper“ zwei Hauer durch  
Explosion einer Pulverkammer schwer verletzt wurden und später  
den Verletzungen erlagen. Außerdem wurde ein Hauer durch  
herabfallendes Gestein schwer verletzt.

**Die Cholera.** Antilcher Meldung zufolge kamen in den  
letzten vier Tagen in Warschau 20 Erkrankungen und 9 Todes-  
fälle an Cholera asiatica vor. Im Gouvernement Warschau  
wurden 28 Erkrankungen und 12 Todesfälle konstatiert. Das  
Gouvernement ist amtlich für versucht erklärt worden.

**Das Bureau Herald** meldet vom Donnerstag Abend über  
die Katastrophe: „Heute früh ging über Wien ein furchtbares  
Hagelwetter nieder, welches von schrecklichen Folgen begleitet war.  
Mehrere Personen wurden getödtet, viele schwer verletzt. Das Ge-  
witter gestaltete sich zu einer förmlichen Katastrophe. Fast in allen  
Straßen der Stadt wurden die Bäume, die Anlagen und alle Gärten  
vollständig vernichtet. Unzählige Fensterscheiben wurden zer-  
trümmert. Auf der Simmeringer Haide, wo die Artillerie-  
Regimenter Nr. 14 und 12 Übungen abhielten, gingen die durch  
den niedersausenden Hagel schon gewordenen Pferde mit den  
Geschützen durch. Viele Artilleristen gerieten unter die Kanonen  
und wurden überfahren. Mehrere trugen schwere Verwundungen  
davon und mußten ins Garnisonhospital geschafft werden.“

\*) Sprich: gachis — Durcheinander, wüßes Wirrsal.

\*) Name für: Die Vereinigten Staaten, N. d. V.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

### Theater.

Freitag, den 8. Juni.  
Opernhaus. Lohengrin.  
Schauspielhaus. Der Tugendwächter.  
Deutsches Theater. König Lear.  
Berliner Theater. Aus eigenem Recht.  
Leistung-Theater. Madame Sans-Gêne.  
Keddenz-Theater. Jugend.  
Sellealliance-Theater. Die Zauberflöte.  
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazi.  
Alexanderplatz-Theater. Demimonde.  
National-Theater. Italien in Berlin.  
Theater unter den Linden. Der Obersteiger.  
Apollo-Theater. Die verkehrte Welt.  
Saufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.  
Parodie-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

### Neue freie Volksbühne im Wallner-Theater 2 1/2 Uhr: Die Journalisten.

Von Gust. Freytag.  
Sonntag, 10. Juni 1. und 2. Abtheil.  
Sonntag, 17. Juni 2. Abtheilung.  
Wegen der großen Kosten der Darstellung ist der Beitrag für diesen Monat auf 60 Pf. erhöht worden.  
Die Nachzahlung ist im Theater zu leisten. 80/5

### National-Theater.

Große Frankfurterstraße 182.  
Novität! **Italien in Berlin.**  
Große Ausstattung-Posse mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Carl Peters. Musik von W. Wiedicke.  
Decorationen aus dem Atelier von Müller und Schäfer. Maschinenarien vom Theatermeister Otto Weise.  
Elektrische Beleuchtungseffekte von Salowky. Kostüme vom Obergarderobier Paul Hildebrandt.  
Regie: Mag Samst.  
Kassendöffnung 5 1/2 Uhr. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.  
Im Garten: **Großes Konzert.** Auf der Sommerbühne Aufführung von Lustspielen, Possen sowie Spezialitäten ersten Ranges.  
Kassendöffnung 5 1/2 Uhr. Anfang 6 1/2 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**Adolph Ernst-Theater.**  
Lehte 9. Aufführungen!  
**Charley's Tante.**  
Schwan in 3 Akte v. Brandon Thomas.  
Vorher:  
**Die Bajazi.**  
Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt von Ed. Jacobson u. Benno Jacobson. Musik von Frau Roth.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
Schluss der Saison: Freitag, den 15. Juni.

**Victoria-Brauerei,**  
Lühowstraße 111-112.  
Garten resp. Saal.  
Täglich (außer Sonnabends);  
**Stettiner Sänger**  
Herren: Meysel, Häckel, Pietro, Britton, Eberius, Steidl, Blismchen und Blank.  
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
Billets im Vorverkauf à 40 Pf. und Familien-Billets (à 1 M.) für 3 Personen gültig. (Siehe Plakate.)  
Jeden Abend wechselndes hochamüsanter Programm!

**Noack's Sommer-Theater.**  
Brunnenstrasse 10.  
Täglich:  
**Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**  
Anfang des Konzerts 6 Uhr, der Vorstellung 7 Uhr.  
Die Kaffeeküche ist geöffnet.

**Reichshallen** Dönhofs-Platz.  
Im prachtvollen Garten, bei ungünstiger Witterung im Saal.

**Täglich Humoristische Soirée der Nord-deutschen Sänger.**  
Zum Schluss:  
**Italien in Berlin.** Ensemble-Szene.  
Anf. Dochentags 8 Uhr. Entree 30 Pf., reservirt 50 Pf. Sonntags Anf. 7 Uhr. Entree durchweg 50 Pf., nach 9 Uhr 30 Pf.

**Castan's Panoptikum.**  
Der 13jährige Riese.  
Neu!  
Christliche Märtyrerin.  
**Passage-Panopticum.**

Ein **Dahomey-Dorf mit 51 wilden Weibern.**  
Tägl. 8 Vorstellungen.  
Am 11, 12, 4, 5, 6, 7, 8, 9 Uhr.

**Grünweits Feldjährlingchen.**  
Täglich:  
**Gr. Konzert- u. Spezialitäten-Vorstellung**  
von nur guten Künstlern.  
Entree frei. 11185  
Der „Vorwärts“ liegt aus.  
**Große Familien-Kasserküche.**  
NB. Meinen werthen Gästen zur Kenntniss, den Weg rechts von der Verbindungsbahn zu wählen, da die Parkstraße während der Zeit der Ausstellung gesperrt ist.

Eine alte deutsche Feuer-Vers.-Gesellschaft sucht für Berlin u. die Provinz thätige **Haupt- u. Spezial-Agenten.** Hohe fortlaufende Bezüge event. auch festes Gehalt werden zugesichert. Offerten unter **O. P. 2** nimmt die Expedition entgegen. 219L\*

Herren j. Standes w. als Vertreter f. d. Sterbekasse „Vorwärts“, Prinzessinnenstraße 19, gegen hohe Provision gesucht. 1043b

Andreasstraße 64 Konkordia-Festsäle Andreasstraße 64.  
Sonntag, den 10. Juni, Vorm. 11 Uhr:  
**Gr. Gesangs-Matinee**  
zum Besten der ausgesperrten Brauereiarbeiter

ausgeführt von den Gesangsvereinen 72/6  
**Freiheitsklänge I, Frühlingslust, Allegro und Gerstenähre** (M. d. N. S. B.) unter Leitung der Herren Exiner und Puhlmann.  
**Deklamatorische Vorträge der Genossen Röhn und Winkler.** Festvortrag, gehalten vom Genossen Ledebour.  
Die Freie Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker hat ihre Mitwirkung zugesagt.  
Billets à 20 Pf. sind bei den mit Plakaten belegten Stellen zu haben.  
Um zahlreichen Besuch bittet  
**Das Comité.**

**Ausstellung Italien in Berlin.**  
(Stadtbahn-Station: Zoologischer Garten.)  
Täglich geöffnet von Morgens 10 Uhr bis Abends 12 Uhr.  
**Massen-Konzerte sämtl. italien. Musikkorps,** darunter des Gr. italienischen Opern-Orchesters des Maestro Cav. Gialdino Gialdini, der Bersaglieri-Kapelle des Maestro Giacomo Gatti, des Venezian. Serenaden-Orchesters des Nobile de Malipiero, des Mandolin-Korps des Prof. Frouth. Ferner: Mailänder Marionetten-Theater u. Venezian. Variété etc.  
Entree 50 Pf.

**Donnerstag, Sonnabend und Sonntag:**  
Auftreten des Cav. Prof. Eugenio Pini, Fiedelmeister der königl. italienischen Marine. In der großen Arena um 9 Uhr:  
**Fioret, Degen- und Säbel-Mensuren,** an welchen sich Fechter gegen vorherige Meldung im Bureau der Ausstellung beteiligen können.

**Sonntag, den 10. Juni: Früh-Konzert sämtl. Musikkorps und Sänger-Chöre.** Anfang 5 1/2 Uhr früh. Entree bis 10 Uhr 30 Pf.

**Jägerhaus, Schönhauser Allee Nr. 103.**  
Inhaber: Wilhelm Schmidt.  
Jeden Sonntag und Mittwoch: **Frei-Konzert und Ball.** Großer schattiger Garten. 4 Regelparken. Kaffeeküche von 1 Uhr ab geöffnet. 175L\*

**Metzner's Korbwaren-Fabrik,**  
1. Gesch.: Andreasstr. 23, S. pt., gegenüb. Andreaspl.  
Berlin, 2. Gesch.: Brunnenstr. 95, gegenüb. Humboldtschajn  
größtes Lager Berlins. Muster-Kinderwagen,bücher gratis. Theilzahlung gestattet. **500 Mark** zahle ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe.

Am 6. Juni verschied unsere liebe Tochter und Schwester 2942

**Lina Nathan**  
nach ihrem langen, schweren Krankenlager.  
Im Namen der Hinterbliebenen: **Fanny Nathan, geb. Bernstein.**  
Die Beerdigung findet heute Freitag 1 1/2 Uhr von der Leichenhalle in Weissenhof aus statt.

**Weißbier!**  
Für Fabriken und Werkstätten sowie für Wiederverkäufer liefere ich mein **Versand-Weißbier** in unübertrefflicher Güte zum Preise von 3 Mk. für 40 halbe oder 45 1/2 oder 25 1/2 oder 20 ganze Flaschen, frei in's Haus, in Flaschen mit Patentverschluss, ohne Pfandberechnung.  
Fernsprecher Amt Schöneberg No. 92.

**A. Seidler,**  
Schöneberg, 214L\*  
Gedanstraße Nr. 73-75 und 82.  
Berliner Weissbier-Brauerei.

**Evora-Bräu**  
in vorzügl. Qualität empfiehlt in Gebinden v. 20-100 Ltr. 30 Pf. = 3 Mk.  
**Otto Linke, Lagerhof 3.**  
Telephon Amt III Nr. 404.

**Kein boykottiertes Bier!**  
Alleiniges Lokal in der ganzen Umgegend.  
**Saßhof Wilhelmshöhe in Woltersdorf.**  
Platz für 2000 Personen. Bahnhöfen Erkner, 15 Min. v. Bahnhof, 10 Min. von der Dampferstation, a. d. Chaussee u. Kallberge-Waldersdorf (nicht Woltersdorfer Schleuse). Saal 3. Versammlungen. „Vorwärts“. Vereine bitte um Anmeldung. [249L\*] C. Gillmann.

**Kein Boykott-Bier!!**  
Pronzlaner Allee 224, Ecke Treschowstr. Vereinsz. 3. vq.

**Roh-Tabak**  
**A. Goldschmidt, 4435L\***  
am tiefsten Preise wie bekannt **größte Auswahl!**  
Garantie für sicheren Brand, Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.  
**A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 2.**

## Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Montag, den 11. Juni, Abends 8 Uhr, in **Ahren's Brauerei, Thurmstraße 26-27:**  
**Gr. öffentl. Partei-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Auer** über: Die Thätigkeit des deutschen Reichstages und die Sozialdemokratie. 2. Diskussion. 3. Die Verbreitung unserer Presse. 4. Verschiedenes.  
Der wichtigen Tagesordnung wegen eruchen um zahlreiches Erscheinen  
**Die Vertrauenspersonen.**

**Arbeiter-Bildungsschule.**  
Sonntag, den 10. Juni:  
**Besichtigung der Kunst-Ausstellung (Moabit)** unter Führung eines Fachmannes.  
Sammelpunkt im Park vor dem Ausstellungsgebäude, Vormittags präzis 10 Uhr.  
Billets zum ermäßigten Preise von 30 Pf. (welche auch täglich Gültigkeit haben) für Mitglieder sind in den Schulen und Zahlstellen zu haben. 455/20.  
**Der Vorstand.**

**Verband der Sattler und Tapezierer.**  
**Versammlung mit Frauen**  
am Sonnabend, 9. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn **Wienecke, Alte Jakobstr. 83.**  
Tagesordnung: 1. Vortrag der Genossin **Frl. Baader** über: Die Wirkungen der technischen Fortschritte der Neuzeit auf die Arbeiter. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
**Der Vorstand.** 294/20  
NB. In der Versammlung wird kein Boykottbier ausgeschenkt.

**Achtung! Maurer. Achtung!**  
Sonntag, den 10. Juni, Vormittags 10 Uhr, im Lokal des Herrn **Joël, Andreasstraße 21:**  
**Gr. öffentliche Versammlung der Maurer** Berlins und Umgegend.

Tagesordnung: 1. Berichterstattung der Gewerbegerichts-Beisitzer (Maurer). 2. Diskussion. 3. Das Verhalten der Kollegen auf den Bauten dem Bier-Boykott gegenüber. 446/3  
Um zahlreiches Erscheinen bittet  
**Der Beauftragte.**

**Freie Vereinigung d. Bauarbeiter Berlins**  
**Mitglieder-Versammlung**  
am Sonntag, 10. Juni, Vorm. 11 Uhr, bei Herrn **Wilke, Andreasstr. 26.**

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen **Mattutat** über: Alte und neue Zeit. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.  
Neue Mitglieder werden aufgenommen. 120/18  
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht  
**Der Vorstand.**

**Achtung!**  
**Verband der Geschäftsdienner, Packer u. Berufsg.**  
Sonntag, den 10. Juni:  
**Familien-Ausflug nach Wilhelminenhof** (Station Johannisthal).

Treffpunkt in Wilhelminenhof von 8 Uhr Vormittags an. Für Nachzügler 3 Uhr Nachmittags. Mitglieder haben gegen Vorweisung des Mitgliedsbuches freien Eintritt. — NB. **Kein Ringbier.**  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Verband der Sattler und Tapezierer.**  
Sonnabend, den 23. Juni 1894:  
**Große Dampfer-Partie** verbunden mit darauf folgendem **Sommernachts-Fest** in dem größten Etablissement der Oberspree **Schlosspark Wilhelminenhof.**

Ball in 2 Sälen, sowie **Großes Concert**, ausgeführt von Mitgliedern der **Freien Vereinigung der Civil-Berufsmusiker.**  
12 Uhr: **Gr. Fackelpolonaife** durch den 20 Morgen großen Park.  
Hierauf: **Grillat Land- u. Wasserfeuerwerk.** Alles Nähere die Programme.  
Absahrt **Jannowibridge** Abends 8 1/2 Uhr. Rückfahrt Morgens 8 Uhr ca.  
**Preis: Hin- u. Rückfahrt incl. Tanz 80 Pf.** (Gadeln zur Polonaife gratis.)

Billets sind zu haben in den Restaurants von Stramm, Ritterstr. 123, Wienecke, Alte Jakobstr. 83, Pätzschle, Französischestr. 6, Heller, Petri-Platz, sowie bei **Böttger, Solmsstr. 17, H. L. Matichulat, Schlegelstr. 5, v. IV., Blum, Demminstr. 18, v. II., C. Schulze, Eisenbahnstr. 85, H. II., C. Schulze, Königsbergerstr. 11, v. IV.** **Achtung!** Angabe der verkauften Billets am Mittwoch, 20. Juni, Abends von 8-10 Uhr, bei **Wienecke, Alte Jakobstr. 83.**  
**Kein Boykott, kein Ringbier.** 44,1  
Gäste willkommen.  
**Das Comité.**

**Schweizer Garten.**  
Am **Friedrichshain.** Am **Königsthor.**  
Täglich: **Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**  
Volksbelustigungen aller Art.  
Im neu parquettierten Saale: } Täglich: **Gr. Ball.**  
Von 5-7 1/2 Uhr: **Freier Damentanz.** Die Kaffeeküche ist geöffnet.  
Entree 30 Pf., Billets vorher 25 Pf.

## Bojkottier sind:

1. Schultheiss-Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin (und Tivoli).
2. Brauerei F. Happoldt.
3. Böhmisches Brauhaus, Kommandit-Gesellschaft auf Aktien, A. Knoblauch.
4. Brauerei Karl Gregory, Berlin (Ablers-Brauerei).
5. Vereins-Brauerei Rixdorf.
6. Spandauer Berg-Brauerei, vorm. C. Bechmann, Westend bei Charlottenburg.
7. Aktien-Gesellschaft Schloss-Brauerei Schöneberg.

## Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Oeffentliche Sitzung vom Donnerstag, 7. Juni, Nachmittags 5 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anträge des Petitionsausschusses.

Eine am 1. September v. J. im Buggenhagen'schen Saale stattgehabte Versammlung von Handwerksgehilfen und -Gehilfinnen hat an den Magistrat die Bitte gerichtet, gemäß § 105b der Gewerbe-Ordnung die Sonntagsruhe im Handewerke durch Ortsstatut wie folgt zu regeln:

In Engros-, Fabrik- und Bankgeschäften dürfen Handlungsgehilfen, Gehilfinnen, Lehrlinge und Hausdiener am Sonntag überhaupt nicht beschäftigt werden. In Verkaufsstellen aller Art dürfen Handlungsgehilfen, Gehilfinnen und Lehrlinge am Sonntag nur drei Stunden beschäftigt werden und muß diese Beschäftigung um 10 Uhr Vormittags beenden sein."

Der Magistrat hat am 9. Januar die Petition abschlägig beschieden, und die Petenten sind nunmehr bei der Versammlung vorstellig geworden. Bekanntlich hatte die Versammlung am 8. März 1892 die Beschlussefassung über einen analogen Antrag Singer ausgeföhrt und einen Antrag angenommen, wonach der Magistrat zunächst versuchen sollte, bei den kirchlichen Behörden die Verlegung des Beginn des Haupt-Gottesdienstes auf 11 Uhr zu erlangen. Obwohl nun diese Versuche erfolglos geblieben sind, lehnt der Ausschuss es ab, die Petition zur Berücksichtigung zu empfehlen, da er mangels genügend Erfahrungen nicht für opportun hält, schon jetzt zu einer Aenderung der betr. Bestimmungen zu schreiten. Nach seinem Vorschlage soll über die Petition zur Tagesordnung übergegangen werden.

Auch die Petition von Vereinen hiesiger Gemüse-, Milch- und Kohlenhändler, sowie selbständiger Geschäftsleute wegen Einschränkung bezw. Beseitigung des Hausirhandels auf bezw. von den Straßen und Plätzen Berlins soll nach dem Vorschlag des Ausschusses zur Tagesordnung übergegangen werden. Der Ausschuss hat eine gewisse Schädigung der sebständigen Geschäftsleute durch den Straßenhandel zwar als tatsächlich zugegeben, dem Petition aber doch nicht entsprochen, da ja dann z. B. auch die kleinen Geschäfte gegen die großen Bazare u. s. w. in Schutz genommen werden müßten. Auch will der Ausschuss nicht bestreiten, daß entsprechend der Behauptung der Petenten durch die Hausierer minderwertige und zweifelhafte Waaren auf der Straße vertrieben werden, doch hält er dafür, daß eine Kontrolle derselben durch die Sanitätspolizei doch wohl in demselben Maße möglich sei und auch stattdnde, wie in den Markthallen und in den stehenden Geschäften.

Gegen den Uebergang zur Tagesordnung wird Einspruch nicht erhoben.

Der zur Prüfung der Skizze zum Neubau der XI. Realschule (höhere Bürgerschule) an der Voelckher-Str. 9/10 niedergesetzte Ausschuss hat sich auch mit einem Antrage auf baldigste Errichtung einer Vorklasse im Stadtteil vor dem Halleschen Thore zu beschäftigen gehabt, desgl. mit einem Schreiben des „Vereins für Schulreform“, worin die Versammlung gebeten wird, die Einrichtung einer Realschule mit gemeinsamem Unterbau als eine zeitgemäße und nunmehr auch höchst dringliche Aufgabe zu betrachten. In letzterer Beziehung hat der eine der beiden Stadtschulräthe im Ausschuss angeführt, daß eine derartige Einrichtung eine neue fundamentale Schöpfung im Schulwesen bedeute und ihre prinzipielle Erörterung nicht wohl Sache dieses Ausschusses sein könne; eine Reformschule nach Frankfurter oder Altonaer Muster bedeute aber jedenfalls gegen die Berliner Realschulen eine Rückschrittsschule insofern, als in den letzteren der fremdsprachliche Unterricht etwa vom 13. Lebensjahre der Schüler ab beginne, während er in jenen bereits vom 9. Jahre ab gelehrt würde, womit den Gemeindegliedern der Uebertritt in die Reformschule nahezu unmöglich gemacht sei. Auch hätten sich die Ansichten über derartige Schulen noch keineswegs genügend geklärt.

Der Ausschuss hat die Resolution wegen der Vorklasse mit 7 gegen 5 Stimmen abgelehnt, die Vorlage mit einigen untergeordneten Modifikationen angenommen, auch den mit 400 000 M. abschließenden Kostenüberschlag genehmigt und schlägt vor, das Schreiben des Vereins für Schulreform durch die Beschlussefassung über die Vorlage für erledigt zu erklären.

Die Versammlung tritt diesen Vorschlägen ohne Debatte bei. Wegen Errichtung eines Realgymnasiums in Moabit hatte der dortige konservative Bürgerverein petitioniert. Der Petitionsausschuss hat Uebergang zur Tagesordnung empfohlen und ist bei diesem Beschlusse geblieben, auch nachdem die Petition in der Sitzung vom 2. Mai an den Ausschuss zurückverwiesen worden. Ueber die Petition berichtet Stadtv. Müller. Der Ausschuss befreit die Nothwendigkeit einer weiteren höheren Lehranstalt in dem 125 000 Einwohner zählenden, zur Zeit auf ein einziges Gymnasium angewiesenen Stadtteil keineswegs, weist aber die Erfüllung dieser Aufgabe in erster Linie dem Staate zu.

Von den Stadtv. Gerike und Genossen ist eine Resolution beantragt, welche den Magistrat auffordert, bei den Staatsbehörden für die Errichtung einer zweiten höheren Lehranstalt in Moabit zu wirken. Diese Resolution beschränkt Stadtv. Spinoia. Für die Petition tritt lebhaft Stadtv. Hentig ein, der zugleich der Meinung ist, daß die ganze Versammlung den Fall des Volksschulgesetzes bedauere (Heiterkeit und Unruhe), denn dieses hätte Klarheit über die Frage geschaffen, wer Schulen zu errichten verpflichtet sei. Die Stadt dürfe nicht Moabit dafür strafen, daß dort so viel Beamte wohnen. Die Schulnot in Moabit schreie zum Himmel. An dem einzigen Gymnasium dort hätten sich zum Aufnahmetermin

die Väter mit ihren Kindern schon um 3 Uhr Morgens an der Schulthür aufgestellt (Hu, hu! und Heiterkeit), um bei der Anmeldung die ersten zu sein.

Stadtv. Sachsl erklärt es für eine Pflicht des Magistrats, den Staat an seine Verpflichtung zum Bau höherer Lehranstalten mit allem Nachdruck zu erinnern. (Zustimmung.)

Stadtv. Meyer II: Das Volksschul-Gesetz hat mit den höheren Lehranstalten absolut nichts zu thun; auch besteht gar kein Zweifel darüber, daß die Stadt zur Errichtung höherer Schulen nicht verpflichtet ist. Unter lebhafter Billigung des Kultusministers hat die Stadt eine Reihe Realschulen errichtet, daneben noch Gymnasien und Realgymnasien zu errichten, wird ihr niemand zumuthen.

Stadtv. Hentig: Jedenfalls wäre doch bei der Verathung des Volksschulgesetzes Klärung über die von mir erwähnte Frage geschaffen worden.

Stadtv. Hermeß weiß nicht, ob Herr Hentig aus eigener Erfahrung behaupten kann, daß die Eltern schon um 3 Uhr Morgens an den Schultüren gestanden hätten; er glaubt, daß Herr Hentig sich einen Bären hat aufbinden lassen. (Stadtv. Hentig: Nein!) Auch dieser Redner spricht für die Annahme der Resolution und für den Uebergang zur Tagesordnung über die Petition.

Es wird demgemäß mit großer Mehrheit beschloffen.

Zu den Kosten der Vorarbeiten für den Rhein-Wefer-Elbe-Kanal soll dem Ausschuss zur Förderung dieses Kanals in Hannover, z. B. des Landesdirektors Freiherrn v. Hammerstein-Vorlen, ein nochmaliger Beitrag von 500 M. gewährt werden.

Die Sieger in dem großen kapitalistischen Interessentkämpfe um die Platzfrage für die Berliner 1898er Ausstellung, Stadtv. Sachsl, Rosenow, Lüben, Matierne und Schulz I haben, um Treptow leichter zugänglich zu machen, den gemeinsam mit der Kellerraktion den Antrag eingebracht:

„Den Magistrat zu ersuchen, in die Liste der im nächsten Jahre mit Asphaltpflaster zu versehenen Straßen die Köpenicker- und die Schlesische Straße, soweit dieselben noch nicht mit definitivem Pflaster versehen sind, aufzunehmen und der Versammlung wegen des in der Schlesischen Straße zu erwerbenden Straßenlandes eine Vorlage zu machen.“

Antragsteller Stadtv. Sachsl II: Die Ausstellung in Treptow ist jetzt gesichert. Dieser Ausgang des Kampfes in der Platzfrage erregt sich der Sympathie des gesammten Berlins. Der Magistrat hat ja bereits beschloffen, auch dem neuen Komitee die städtische Subvention von 800 000 M. zur Verfügung zu stellen und eine Kommission eingeseht, welche über die Einzelheiten der Ausstellung, soweit die Städteverwaltung in Betracht kommt, berathen soll. Dieser Kommission wird auch unser Antrag ein wichtiges Verathungsmaterial bieten. Die Zufahrtstraßen zum Treptower Park müssen in einen möglichst vollkommenen Zustand versetzt werden. Dazu bedarf es der Asphaltierung der Köpenickerstraße, soweit sie noch nicht mit definitivem Pflaster versehen ist, auch der Verbreiterung der Schlesischenstraße, welche schon jetzt zur Bewältigung des Verkehrs nicht ausreicht. Die Versammlung wird ihre Sympathie für die Ausstellung am besten durch Annahme meines Antrages zum Ausdruck bringen.

Ohne weitere Debatte wird der Antrag einem Ausschusse von 15 Personen überwiesen.

Auch in diesem Jahre soll ein Theil der für 1895/96 erforderlichen Pflastersteine bis zum Kostenbetrage von 900 000 M. schon jetzt in Bestellung gegeben und der Betrag aus dem Ueberschusse des Jahres 1893/94 entnommen werden.

Die Vorlage wird nach kurzer Debatte genehmigt.

Zur Kenntnismahme überendet der Magistrat eine Arbeit des Stadtbauraths Hübner über die Verhältnisse der städtischen Brunnen. Das Elaborat ist eine Antwort auf die am 17. November 1892 in der Versammlung ausgesprochene Behauptung, daß die große Mehrzahl der hiesigen Brunnen nicht trinkbares Wasser liefern, und daß 43 pCt. des gesammten Wasserverbrauchs nicht unserer städtischen Wasserleitung, sondern solchen Brunnen entnommen wird, ferner, daß es sich hier nicht bloß um die Straßenbrunnen, sondern auch um die Hausbrunnen handle.

Nach den Untersuchungen der Baudeputation haben von 1271 Brunnen 1058 oder fast 83 pCt. gutes, 8 1/2 pCt. verdächtiges und ebenfalls nur 8 1/2 pCt. direkt gesundheitschädliches Trinkwasser geliefert. Der Bericht zählt die Maßnahmen auf, welche zur Beseitigung eventueller drohender Gefahren getroffen sind (Allmähliche Umwandlung der Kesselbrunnen in Hochbrunnen u. s. w.) und bemerkt dann, daß die Hausbrunnen der städtischen Verwaltung nicht unterstehen und die privaten Wasserwerke zwar thatsächlich ein Förderungsvermögen von 43 pCt. des gesammten Wasserverbrauchs der Stadt besitzen, aber fast ausschließlich Wasser zum Fabrikbetriebe liefern.

Ohne Debatte wird die Vorlage zur Kenntnismahme genommen.

Die Berlin-Charlottenburger Pferdebahn-Gesellschaft beabsichtigt eine neue Pferdebahnlinie vom Kriminalgericht durch die Paulstraße, Bellevuestraße, Königgräher-, Prinz Albrecht- und Zimmerstraße bis zur Ecke der Lindenstraße zu bauen. In Gemäßheit des Gesetzes über die Kleinbahnen wird die Versammlung um ihre Zustimmung ersucht.

Die Vorlage geht auf Antrag Dinsse an einen Ausschuss von 10 Personen.

Die Vorlage betr. die Regulirung der Petersburgerstraße und der Straßen westlich derselben bis zur Lützowstraße wird gemäß einem Antrag Schönflies einem Ausschusse von 15 Mitgliedern überwiesen.

Am Schluß der Sitzung theilt der Vorkesher mit, daß bezüglich der Petition der Handlungsgehilfen wegen der Sonntagsruhe von den Stadtv. Hersehl, Schulz II, Tollsdorf und Gen. Berichterstattung beantragt ist.

Schluß 7 Uhr.

## Lokales.

Zum Bierbojkott. Der Bojkottkommission ist von der Brauerei Karlsberg, Charlottenburg, nachstehende Erklärung zugegangen:

Charlottenburg, 30. Mai 1894.

Hierdurch erlaube ich mir Ihnen mitzutheilen, daß ich aus dem Verein der Berliner Brauereien ausgeschieden bin und erkläre ich mich bereit, nach Aufhebung des Bojkotts, in der Voraussehung, daß der größere Theil, der mir jetzt zugeführten Kundschaft alsdann noch mein Abnehmer bleibt, den Achtundentag einzuföhren.

Mit den Forderungen über Brauer und Brauereigehilfsarbeiter erkläre ich mich einverstanden.

Indem ich um gefällige Bestätigung des Empfanges dieses Schreibens bitte, zeichne

Hochachtungsvoll

Friedrich Reichenron, Brauerei Karlsberg.

Die Kaiserbrauerei hat in einer in Charlottenburg stattgehabten Arbeiterversammlung nachstehenden Brief zur Verlesung gelangen lassen:

Charlottenburg, 20. Mai 1894.

Wir Unterzeichneten erklären hiermit, im Falle in den Verhandlungen der heutigen Charlottenburger Arbeiter Versammlung eine Verächtigung benöthigt sein sollte, daß wir 1. Niemand von unserem Personal entlassen haben, 2. dem Verein der Brauereien Berlins und Umgegend nicht angehören, und auch 3. am 1. Mai unsere Böttcher — wir beschäftigen deren nur zwei — gearbeitet und ein Ruhen der Arbeit am 1. Mai bei uns gar nicht beantragt haben.

Ergebenst

Kaiser-Brauerei Dummer u. Kahl.

Antisemitischer Talmudismus. Was häßlich klingt das Wort „Bojkott“ in den Ohren der Ordnungshelden. Häßlich, weil es bei ihnen das eigene böse Gewissen aus der durch elende Heuchelphrasen erkaufenen Ruhe ansaust aufrüttelt. Seitdem der Bojkott auch von allen Angehörigen der herrschenden Klassen als legales Kampfmittel benutzt wird, seitdem Militärbehörden und Unternehmer, Antisemiten und Philosemiten einander überbieten in der Anwendung des Bojkotts, wenn ihnen diese Waffe für ihre Zwecke dienlich scheint, seitdem schimpft und räföhnt man in allen Lagern der Ordnungshelden über die Sozialdemokratie, die den Bierbojkott in durchaus derselben Weise handhabt, wie die Militärbehörden den Saalbojkott, wie König Stumm den Zeitungsbokott und wie die bürgerlichen Interessengruppen unter Umständen die Verfassungserklärung ihnen nicht genehmer Geschäftsleute.

Gar selten begegnet man in der bürgerlichen Presse einer Selbsterkenntniß, wie sie von den „Grenzboten“ bei einer Betrachtung des zur Zeit sich abspielenden Kampfes offen und frei ausgesprochen wird:

„So tief wir die Einführung des terroristischen Kampfmittels in die große wirtschaftliche und geistige Bewegung des Klagen“, meint diese antisemitisch-konservative Wochenschrift, „so haben wir doch nicht das Herz zu einem überzeugten Verdammungsurtheil. Wie leider so oft gegenüber der Sozialdemokratie, möchte man auch diesmal rufen: „Wer unter Euch ohne Sünde ist, werfe den ersten Stein auf sie!“

Man vergleiche mit diesem ehrlichen Urtheil die feige, talmudische Spitzfindigkeit, mit der sich hiesige Antisemiten von ihrer eigenen „Bojkottschuld“ zu befreien suchen. In einem Vortrage, den der Redakteur der „Staatsbürgerzeitung“, Dr. Bachler, am Dienstag in einer Antisemitenversammlung hielt, leistete dieser Herr sich nach einem in seinem Blatte befindlichen Bericht die folgende Talmudschurre: „Auf den gegen die Antisemiten von jüdisch-freimüthiger Seite gerichteten Vorwurf, sie bojkottirten auch, erwidere er: „Kauft nicht bei Juden!“ sei noch kein Bojkott, sondern nur ein guter Rath und eine Warnung in sittlicher und kommerzieller Beziehung. Und die deutschen Stammesbrüder zu warnen und zu berathen, sei unser gutes Recht. Der sozialdemokratische Bojkott sei eine Verfassungserklärung, um etwas zu erlangen, während das „Kauft nicht bei Juden!“ nur eine Nothwehr sei.“

Die auch in der Staatsbürger-Zeitung“ gesperrt gedruckten Worte wurden von der Versammlung mit einem „Sehr richtig“ und einem „Bravo“ in Empfang genommen.

Die Anhänger einer in der bürgerlichen Gesellschaft durchaus nicht bedeutungslosen Partei, ja man kann behaupten, die bürgerliche Gesellschaft in ihrer großen Mehrheit selber, läßt sich mit der elendesten, haltlosesten Verlegenheitsphrasen das Hirn umkleistern, weil es ihr einmal in fühlbaren Schlägen zu Gemüthe geführt wird, daß auch die Sozialdemokratie im Bojkott „eine gute Wehr und Waffen“ besitzt.

Für dieselbe „Warnung in sittlicher und kommerzieller Beziehung“, um im Bachler'schen Jargon zu reden, die, wenn sie von den Antisemiten ausgesprochen wird, ein „Bravo“ und „Sehr richtig“ einbringt, heist und steht man, wenn sie von der Sozialdemokratie verländet ist, den Staatsanwalt an, auf daß er doch endlich, endlich mit dem groben Unfugs-Paragrafen herausbräde!

Und diese schuftige, feige Demunziantenpolitik beliebt man in bürgerlichen Kreisen „offene, ehrliche Kampfesweise gegenüber dem Terrorismus des gemeinschaftlichen Feindes“ zu nennen.

Psst, Tausel!

Die Ordnungshelden scheinen sich immer noch nicht darüber klar zu sein, daß gerade ihre erbärmlichen Rücken und Lenden es sind, welche immer wieder die Feuerzucht schüren und in der kämpfenden Arbeiterschaft das Bewußtsein von der Erbärmlichkeit ihrer Feinde stärken.

Wäge der sehnlichstgste Herzenswunsch der Feinde immerhin herrliche Erfüllung finden; die Arbeiterschaft übt Manneducht genug, um auf jeden Fall, auch ohne daß es lauter Anregungen bedarf, das durchzuführen, was sie für gut hält.

Zweifelsfrei fährt als die möglichen Wirkungen der talmudischen Verlegenheitsphrasen ihrer Gegner ist die Schulung und die Disziplin, mit der die sozialdemokratische Arbeiterschaft in länger als dreißigjährigem Kampfe ihre Gegner Schritt um Schritt zurückgedrängt hat!

Ein großes Wehklagen erscholl nach den Berichten bürgerlicher Blätter vorgestern in dem von Herrn Rudenberg geleiteten Verein der Berliner Weißbierwirthe. Der erhobene Lärm hatte nun nicht, wie der Unkundige etwa glauben möchte, seinen Grund in dem gegenwärtigen starken Konjum des schönen Getränks, nach dem der wehklagende Verein seinen Namen führt, sondern vielmehr in dem „Terrorismus“ der Sozialdemokratie, dem auch die „Weißbierwirthe“ verfallen sein wollen. Denn man täusche sich nicht, wenn irgendwo, so ist im Weißbierwirthe-Verein der Name Schall und Rauch; ihm gehören sowohl Spender des Schulteiß, wie des Landree'schen Bieres, als auch sonstiger Ringbiere in überwiegender Anzahl an. Seinen Namen führt der Verein nur in so weit mit Recht, als er sich auch von den Brauereibesetzern zur Zeit gar manche sonderbare Dinge weiß machen läßt. So konnte es denn kommen, daß in der Versammlung die Ansicht bekundet wurde, die Sozialdemokratie und nicht der riesenkapitalist Herr Köfide sei „Zerstörer des Mittelstandes“. In ihrer Blindheit und Beschränktheit ließen sich daher die Deutschen, die von den Arbeitern und nicht von den Gründern der Bierpaläste ihre Groschen einnehmen, um vorübergehende Unbequemlichkeiten soweit bringen, daß sie mit Gurrah und Puffa einer Resolution zustimmen, in der sie sich mit dem Brauereiring solidarisch erklärten. In die gestrige spirituose Gluth eines Theils der Budiker auch nur mit einem Strohhalm zu vergleichen, so wird sich dieser Theil doch nicht darüber beklagen können, wenn die Arbeiter auch für spätere Zeiten die von Herzen untluge Stellungnahme im Gedächtniß behalten werden.

Das lehtin erfolgte polizeiliche Verbot der Versammlung der Gast- und Schankwirthe im Lokale des Herrn Schwegelsberg (Hafenstraße) hat den vollsten Beifall des „offiziellen Organs

der Gast- und Schankwirth für Berlin und Umgegend, der Deutschen Gastwirths-Zeitung, gefunden. In einem augenscheinlich von einer spirituellen Verbandsgröße inspirierten Leitartikel läßt sich nämlich das "offizielle Organ" also vernehmen: Die Schuld daran (an dem Verbot der Versammlung) fällt den Berliner Sozialdemokraten zu. Es war bei uns bisher nicht üblich, derartige Versammlungen, welche sich ausschließlich mit uneren wirtschaftlichen Interessen beschäftigen, anzumelden. Den Herren Sozialistenführern aber gelieferte es nach einer politischen Aktion, indem sie glaubten, unsere Versammlung dazu benutzen zu können, ihr sozialistisches Schöpfchen zu scheeren. Sie hatten im "Vorwärts" Inserate erlassen, in welchen zum zahlreichen Besuch unserer Versammlung aufgefordert wurde, und so traten denn die "Genossen" in besten Hausen beim Kollegen Schnegelsberg an. Das Polizeipräsidium erklärte nun unter solchen Umständen, nach unserem Dafürhalten mit Recht, daß unter dieser Voraussetzung von einer nichtpolitischen Versammlung nicht mehr die Rede sein kann. Zwar wäre es der Energie des Verbandspräsidenten auch ohne diese Beschränkung des Polizeipräsidiums gelungen, die Herren Sozialdemokraten im Zaume zu halten. Aber immerhin hat die Polizeibehörde von ihrem Standpunkte aus Recht, wenn sie eine derartige Ueberrumpelung zu politischen Parteizwecken der Sozialdemokraten nicht gestattet, und in diesem Sinne können wir uns nicht enthalten, unsere Genugthuung dem Polizeipräsidium für seine energische Haltung demgegenüber auszusprechen. Von dieser Sympathiebezeugung wird das Polizeipräsidium sicherlich höchst erbaudt sein. Ein eigentümlicher Standpunkt ist es aber, den die "Deutsche Gastwirths-Zeitung" einnimmt, indem sie sich die Sozialdemokraten zu Prügeln aberschreit. Die Inserate im "Vorwärts" haben nur die sozialdemokratischen Schankwirths an ihre Pflicht, in dieser allgemeinen Wirtherversammlung zu erscheinen, da in derselben wirtschaftliche Interessenfragen, die auch sie berühren, erörtert werden sollten, erinnert. Neulichen vom Verbaude einberufenen allgemeinen Wirtherversammlungen haben bei früheren Gelegenheiten jederzeit sozialdemokratische Schankwirths unbeanstandet und unbeschadet der Erörterung der wirtschaftlichen Fragen beigewohnt. Nun mit einem Male hieraus eine politische Ueberrumpelung herauszufuteln, vermag nur in Einfall ein kindlich Gemüth. Wenn es darauf abgesehen gewesen wäre, hätte man sich wahrlich die mehrmalige öffentliche Ankündigung ersparen können! Wenn dann in dem Artikel weiter gesagt wird: "Der Verband der Gast- und Schankwirths für Berlin und Umgegend hat nun einmal mit der Sozialdemokratie nichts zu schaffen," so meinen wir, daß der Verband sich hieraus nichts einzubilden braucht. Besteht doch der Verband zum größten Theile aus kleinen Schankwirths, die auf Arbeiterpublikum angewiesen sind, mithin zum großen Theile von sozialdemokratischen Großchen leben. Schrieb doch das offizielle Organ in einem früheren Artikel: "der Gast- und Schankwirth, welcher auf Arbeiterkundschaft angewiesen ist, kann, wenn er nun bei einer der bospitalirten Brauereien "hängt", einfach die Kube zumachen;" und weiter: "Getroffen wird von dem Hofkott nur der Gast- und Schankwirthsbestand, der leider durchgängig auch zum Proletariat zählt." Unter solchen Umständen ist die antisozialistische Stundgebung des Verbandes noch bemerkenswerther. Wenn jene Herren Gast- und Schankwirths von den Sozialdemokraten absolut nichts wissen wollen, dann können sie sich nicht wundern, wenn schließlich auch diese in dem jehigen Kampfe der sozialistischen Arbeiterschaft auf sie keine Rücksicht nehmen. Sehr richtig wird bemerkt, daß die Gast- und Schankwirths in dieser Frage des Zusammenstoßes zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Vaherstellung einnehmen. Wenn aber weiter gesagt wird, daß jenen der Ring der Brauereien ebenso unangenehm ist, wie der Ring der Arbeiter, sie also gefonnen sind, den Kampf ihrerseits gegen zwei Fronten zu führen, so werden ja die Herren Schankwirths bald sehen, wohin sie mit dieser Taktik kommen.

Und wenn sodann das offizielle Organ weiter schreibt: "Wir nehmen keinen Anstand, zu erklären, daß ein großer Theil der beim Kollegen Schnegelsberg erschienenen Personen nicht dem Gast- und Schankwirthsstande angehörte, sondern zu den sozialistischen Rärmachern gehörte, und wir müssen diesen Verfall, die Gast- und Schankwirths Berlins als Vorspann der sozialistischen Machtbestrebungen zu bezeichnen, nachdrücklich zurückweisen," so kann dieses Bekenntniß einer schönen Seele wohl kaum dazu beitragen, bei der Berliner Arbeiterschaft Sympathie für jene Herren zu erwecken.

Sie Lämmel, Sie! Auf die Qualität der Fürsorge, mit der die Großindustriellen im lieblichen Zeitalter der Sozialreform zum Theil die Arbeiter überschütten, wirft ein Vorgang ein bezeichnendes Licht, der sich vor kurzem im Arbeitsnachweis-Bureau des Verbandes Berliner Metallindustrieller abgespielt hat. Einem Arbeiter war Gelegenheit geboten, in eine größere Fabrik einzutreten. In diesem Zweck mußte er, wie durch Unternehmer-Maß bekanntlich festgestellt worden, sich vom Arbeitsnachweis die übliche Bescheinigung darüber holen, daß er gegen die heiligen Gebote des Kapitals bisher nicht gefehlt habe. Als der Arbeiter im Bureau seinen Wunsch vortrug, fragte ihn der Beamte, ob er schon früher einmal eine Arbeitsbescheinigung erhalten habe; in diesem Falle müßte er dieselbe vorgeigen. Der Arbeiter entgegnete, daß ihm der bei einem früheren Arbeitswechsel auf dem Bureau verabfolgte Schein leider abhanden gekommen sei; man möge ihm daher, ohne diesen einzufordern, einen neuen ausstellen. Auf diese Erklärung erfolgte seitens des Beamten die Antwort: Sie Lämmel Sie, wie können Sie den Schein verlieren? Sie bekommen keinen neuen Schein! Alle Widerrede des Arbeiters prallte an dem strengen Rechlichkeitsfinn der Beamten ab und auch die entschiedene ausgesprochene Bitte, sich vor Beleidigungen zu hüten, übte auf den Mann am Bureau nicht die geringste Wirkung aus, als daß er zu leicht errathbarem Zweck einen Samischlauch hervorjog.

Ein anderer Arbeiter, der zufällig Zeuge des Vorfalles war, wurde entfernt und der Beamte verließ das Zimmer. Auf einen Anruf durchs Telephon trat bald ein Herr, der angeblich Vorkseher des Bureau war, ein, dem der vorerwähnte Beamte eine in seinem Sinn gehaltene Darstellung des Zwischenfalls gab. Das Resultat kann man sich nach dem Vorausgegangenen denken, der "Vorkseher" forderte ebenfalls den Samischlauch als ultimo ratio und der Arbeiter wurde in einer Form, die nicht in Knigge's Umgang mit Menschen zu finden, zur Thür hinausbefördert.

Einige Tage später folgte noch ein kleines Nachspiel. Der Arbeiter fand nämlich beim Nachsuchen im Hause den alten Schein wieder und ging damit, so schwer es ihm ankam, wieder zum Arbeitsnachweisbureau. Unter ähnlichen Komplimenten, wie er sie bei der geschilberten Begegnung über sich ergehen lassen mußte, wurde dem Arbeiter alsdann endlich der neue Schein verabfolgt. So bezeichnend dieser Vorgang für das gegenwärtige Verhältnis zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum ist, so wenig ist den Leuten, welche ihre ökonomische Uebermacht benutzt haben, um ein Institut, wie den "Arbeitsnachweis" zu gründen, wie auch denen, welchen die Leitung dieses Instituts obliegt, gegenüber eine besondere Entrüstung angebracht. Den Rechtsverhältnissen entspricht in der heutigen Gesellschaft auch der äußerliche Umgangston, und dementsprechend wäre es ein Wunder, wenn der Verkehr zwischen den Beamten und den auf sie angewiesenen Arbeitern in besonders liebenswürdigen Formen zur Geltung käme. Wenn ein Vorwurf zu erheben ist, so kann er nur die Arbeiterschaft in ihrer Masse treffen, die es bisher noch zum großen Theil verfaumt hat, auf die Bedeutung einer festgeschlossenen Gewerkschaftsbewegung das gebührende Gewicht zu legen. Bisher war es immer nur die oft sehr geringe Minderheit einer Arbeiterkategorie, die sich auf die Pflicht zur Gewerkschaftsorganisation besonnen hatte. Erst wenn

es dem Arbeiter gelungen ist, seine heutigen Berufsverbände zu dem zu machen, was sie sein sollen, kann er darauf rechnen, daß sich auch die Arbeitsvermittlung in den Formen vollzieht, die ihm genehm sind.

Ein Vergnügen eigener Art ist und bleibt 'ne Wasserfahrt... in den Wagen der Linie Weddingplatz-Spittelmarkt. Sobald der Himmel sich bezieht, rücken die Passagiere unruhig von einer Stelle auf die andere, denn sie wissen mit peinlicher Sicherheit, daß sie von dem Regen ihr gemessenes Theil abbekommen. Diese Wagen - von den Kundigen treffend mit dem Namen Wasserwagen belegt - lassen an verschiedenen Stellen das himmlische Naß durch; gestern Vormittag wurden in einem Wagen dieser Linie nicht weniger als acht Stellen gefäht, wo das Wasser heruntertropfte. Es bedarf keiner Erläuterung, in welcher Weise das schmutzige Wasser auf helle Kleider etc. einwirkt. Die Kondukteure, an denen die Passagiere zum Theil ihren Unmuth auslassen, versuchen vergeblich mit ihren Wischtüchern die Spuren des Wassers zu vertilgen. Im Interesse des fahrenden Publikums ist denn doch die Einstellung weniger durchlöcherter Wagen dringend zu wünschen. Andernfalls empfehlen hier die Direktion der Großen Berliner Omnibus-Gesellschaft Regenischirme in genügender Anzahl zur Benutzung dieser Wagen bereit zu halten.

Stenern in der Hasenheide. Eine unangenehme Ueber-raschung ist vorgestern den Schauspielern und Soubesbessern in der Hasenheide zutheil geworden. Sie erhielten ein Schreiben des Tempelhofer Gemeindevorstandes, in welchem ihnen eröffnet wurde, daß nach dem Regulativ vom 9. Mai 1893 eine Luft-barkeits-Abgabe von 50 Pf. bis 5 M. aufwärts pro Tag erhoben werden soll.

Verhaftet wurde am Donnerstag Morgen der Parteigenosse Schuhmacher Johann Rauer in seiner Höchstestr. 11 belegenen Wohnung. Ueber die Gründe, welche die Behörde zu diesem Schritt veranlassen, ist uns zur Zeit nichts bekannt.

Feuer in der italienischen Ausstellung. Heute Morgen kurz nach 6 Uhr bemerkten Angestellte der Ausstellung, wie aus dem Hauptrestaurant dieser Quaim hervordrang. Zunächst wurde die Charlottenburger Feuerwehr gerufen, die des Brandes in kurzer Zeit Herr wurde. Ein undichtes Heizungsrohr der Kochmaschine hatte eine Bretterwand und einen Theil der Decke entzündet. Gleichzeitig mit der Charlottenburger war durch den Fernsprecher die Berliner Feuerwehr gerufen worden, die mit den Jagen 9, 12, 13 und 18 (Dampfspritzenzug) und dem Personenzug H (Hauptfeuerwache) auf der Brandstelle eintraf. Jugegen waren der Branddirektor Giersberg, Brandinspektor Reinhardt und Brandmeister (Adjutant) von Molke. Die Berliner Wache trat nicht mehr in Thätigkeit. Daß die hiesige Feuerwehr in so großer Stärke anrückte, ist dem Umstande zuzuschreiben, daß die Ausstellungsgebäude aus Holz und gedöckter Steinwand bestehen.

Der Ban Kochstraße 73 ist inzwischen nochmals durch den Bauath Hader besichtigt worden. Dieser Sachverständige hat nunmehr die Erlaubniß erteilt, daß der große Schutt-haufen, der sich durch den Zusammensturz im Erdgeschos gebildet hat, fortgeräumt werden darf. Dabei soll aber mit der größten Vorsicht zu Werke gegangen werden. Ein Schuhmanns-posten steht übrigens noch Tag und Nacht vor dem Bau.

Zur Persönlichkeits-Feststellung des Mannes, der sich im Franziskaner erschoss, ist inzwischen noch festgestellt worden, daß der Unbekannte Pfandscheine über in Leipzig verpfändete Gegenstände bei sich trug. Ferner halte er vor wenigen Tagen bei der Packfabrik-Gesellschaft einen Korb nach Triebes in Neuh-aufgegeben. Danach scheint es sich um eine Persönlichkeit zu handeln, die bald hier, bald dort aufgetaucht ist.

Vermisst wurde seit dem 1. d. M. der Musiklehrer Gustav Saadel aus der Lübbenerstr. 21. Er hatte die Wohnung sehr unangenehm verlassen, sodas man annahm, er werde sich ein Leides anthun. Dies hat sich bestätigt; denn gestern Abend gegen 8 Uhr trieb im Fluthgraben am Schlessischen Thore die Leiche eines Mannes an, die von Zivilpersonen gefandet wurde. Ein zufällig vorübergehender Musiklehrer aus der Manteuffelstraße erkannte in dem Leichnam seinen verschwundenen Kollegen.

Das Gerichtsverfahren gegen den Gastwirth August Stage aus Charlottenburg, der am 27. März d. J. den Arbeiter Ernst Strahl bei Gelegenheit der Lokaleinweihung durch einen Messerstich in die Gurgel getödtet haben sollte, ist jetzt eingestellt worden. Dies Ergebnis ist dem Zeugniß zweier taubstummer Männer zuzuschreiben, die als Augenzeugen befundet haben, daß Strahl an der tödtlichen Verletzung selbst die Schuld getragen hat. Er soll nämlich bei einem Angriff auf den Wirth in das Messer selbst hineingerannt sein.

Die Sammelleiste 34 für die angesperrten Schuhmacher in Burg ist verloren gegangen. Der Finder dieser Leiste wird gebeten, sie an H. Fleischer, Höchstestraße 11, abzuliefern.

Polizeibericht. Am 6. d. M. Vormittags wurden im Fluthgraben und in der Spree, bei dem Grundstücke Fruchtstr. 1 die Leichen von Männern angeschwemmt. - Vormittags wurden ein Arbeiter auf dem Boden eines Stallgebäudes, in der Kolonie-straße, und ein Mann in seiner Wohnung, am Elisabeth-Ufer, erhängt vorgefunden. - Abends fand im Hause Königsbergerstraße 4 ein kleiner Brand statt.

Witterungsübericht vom 7. Juni.

Stationen.	Barometerstand in mm reduziert auf Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter	Temperatur (nach Celsius) (p. C. = 4° F.)
Ewinemünde	752	OEO	3	wolfig	15
Hamburg	751	O	1	Regen	13
Berlin	752	O	2	Regen	14
Biesbaden	756	SB	4	halb bedekt	17
München	758	SB	5	bedekt	14
Wien	755	WNB	4	Regen	17
Saparanda	761	OPO	6	halb bedekt	11
Petersburg	754	OEO	1	wolkenlos	12
Cort	762	N	3	heiter	13
Aberdeen	758	NB	2	wolfig	10
Paris	754	SEB	2	wolfig	16

Witterung in Deutschland am 7. Juni, 8 Uhr Morgens. Unter dem Einflusse eines in Nordwest-Deutschland befindlichen barometrischen Minimums herrscht heute fast allgemein trübe Witterung. Zwischen Weser und Oder finden ergiebige Regenfälle statt. Die südwestlichen Winde haben sich in Süd- und Mittel-Deutschland verstärkt, während längs der Küste nur schwache Ostwinde wehen. Die Temperatur, welche gestern Nachmittag zu München 24 Grad C. überschritt, ist heute früh meistens ein wenig niedriger als vor 24 Stunden; die höchste Morgentemperatur meldet Mülhausen l. G. mit 18, die niedrigste Remel mit 11 Grad Celsius.

Wetter-Prognose für Freitag, den 8. Juni 1894. Zunächst ziemlich trübe, etwas regnerisches, nachher aufklärendes Wetter mit mäßigen nordöstlichen Winden und wenig veränderter Temperatur. Berliner Wetterbureau.

Ein sbefer Gefangenen-Transport beschäftigte gestern die erste Strafkammer am Landgericht II. Wegen fahrlässiger Entweichlassens eines Gefangenen war der Gemeindeführer Reinhold Gustav Ritter aus Pöbensee angeklagt, während der Fuhrgeschäfts-Kassirer Karl Rettebach und der Arbeiter Albert Heinrich Wilhelm Döling der vorläufigen Gefangenen-Befreiung beschuldigt waren. Im Zentralgefängnisse am Pöbensee hatte der Handelsmann Karl Jäger aus Rixdorf im vorigen Jahre eine längere Freiheitsstrafe zu verbüßen. Wegen denselben schwebte aber noch eine weitere Anklage, in welcher Termin zur Hauptverhandlung am 24. Oktober vor dem Amtsgericht in Rixdorf anstand. Der Angeklagte Ritter erhielt den amtlichen Auftrag, den Jäger zu diesem Termine nach Rixdorf zu transportiren. Als beide im Gerichtsgebäude anlangen, wurde Jäger von seinen Freunden stürmisch empfangen und da noch viel Zeit bis zum Termine war, ließ sich der Transporteur bewegen, mit seinem Transportaten und dessen Freunden nach einer Kneipe zu gehen, wo sehr bald eine urdiele Fecherei im Gange war. Endlich schlug die Stunde des Termins, Jäger erhielt eine Zufahrtstrafe von anderthalb Jahren Gefängniß. Statt nun sofort die Rückfahrt anzutreten, begleitete der Transporteur den Gefangenen nach dessen Wohnung, wo beide zusammen Kaffee tranken. Alsdann ging es mit den Freunden wieder in eine Kneipe, wo die Stimmung schließlich dermaßen hierselig wurde, daß Transporteur, Gefangener und Freunde miteinander Bräderschaft tranken. Daß ganze Vergnügen sollte indessen in einer schrillen Dissonanz ausklingen. Es war schon spät am Nachmittag, als der Transport auf dem Rixdorfer Bahnhofe anlangte. Hier sah sich der Beamte plötzlich von den Freunden des Gefangenen umringt und ehe er noch wußte, wie ihm geschah, war der Gefangene verschwunden. Nach stundenlangem nutzlosen Umherirren in Rixdorf mußte der Transporteur die Heimfahrt allein antreten. Jäger wurde nach vier Tagen wieder eingesperrt, weil sein Freund Döling seinen Schlafwinkel einem Gendarmen verrathen hatte. Dafür suchte sich der zur heutigen Hauptverhandlung vorgeführte Jäger zu rächen, indem er die Behauptung des Ritter unterstüßte, daß Rettebach und Döling ein förmliches Komplott zu seiner Befreiung geschmiedet hätten, dessen Seele Döling gewesen sei. Das Urtheil des Gerichtshofes lautete für Ritter auf 50 Mark Geldstrafe, für Rettebach auf 14 Tage und für Döling auf 1 Monat Gefängniß.

Der Herr Polizeilientenant. Wegen Unterschlagung im Amte und wegen Betrugs hatte sich am Mittwoch der noch nicht 26-jährige Polizeilientenant a. D. Stimmel vor dem Leipziger Landgericht zu verantworten. Derselbe ist der Sohn eines im Jahre 1886 zu Plauen i. V. verstorbenen Rechtsanwalts und Notars, dessen Wittwe in zweiter Ehe mit einem Ober-Bürgermeister verheirathet ist. Bis Ende 1891 war der Angeklagte Sekondelientenant in Straßburg. Von dort wurde er als Invalide mit einer Jahrespension von 1037 M. entlassen und nun nahm er eine Inspektorstelle bei der Lebensversicherungsgesellschaft "Nordstern" an, die er jedoch im September 1892 mit der eines Polizeilientenants beim Leipziger Polizei-Amte vertauschte. Als solcher erhielt er neben seiner Offizierspension noch 2500 M. Gehalt. Damit kam aber Stimmel, dem 1886 ein väterliches Erbtheil in Höhe von 12000 M. zugefallen war, nicht aus, der Herr Polizeilientenant wurde vielmehr wegen zum Theil hoher Schuldbeträge wiederholt angepöndelt. Im September 1893 hatte er von ihm einkassirte Gelder für Verlängerung der Polizeistunde unterschlagen und einen hiesigen Kaufmann hat er unter Vorpiegelung falscher Tatsachen um 500 M. betrogen. Ferner wurde ihm zur Last gelegt, daß er im August v. J. im Rathhauspalast eine Abendglobe von 39,50 M. gemacht, aber den Oberleutnant trotz wiederholten Mahnens nicht bezahlt hat. Auch ein Kellnerlehrling im Theaterrestaurant, bei welchem der Herr Polizeilientenant einen Pump in Höhe von 18,55 M. anlegte, ist um diese Summe betrogen worden. Ebenso sind ein Fleischer und ein Hoffschneider in Dresden um nicht unbedeutende Geldbeträge gebracht worden. Der Angeklagte, der dies alles mit Vergeßlichkeit zu entschuldigen versuchte, wurde, unter Preisprechung in den lehrerwahnten Fällen, wegen Unterschlagung im Amte und wegen Betrugs zu sieben Monaten Gefängniß und zwei Jahren Ehrverlust verurtheilt. In der Mehrzahl der unter Anklage gestellten Betrugsfälle konnte der Gerichtshof nicht der Ueberzeugung gewinnen, daß Stimmel von vornherein in betrügerischer Absicht gehandelt habe.

In einer mehr als siebenstündigen Sitzung hat die IV. Strafkammer des Landgerichts I gestern die schon mehrfach abgebrochenen Verhandlungen in der Strafsache gegen den Einbrecher Schuhmacher Klein und den Tanzmeister Riest in die Ende geführt. Die Sache hatte durch den Umstand größeres Interesse erregt, als der Angeklagte Riest der Sohn eines bekannten Saalbesizers ist. Nach dem letzten Termin war Riest gegen eine Bürgschaft von 12000 M. aus der Untersuchungshaft entlassen worden. - Dem Angeklagten Klein wurde von der Anklagebehörde zur Last gelegt, zahlreiche Einbruchdiebstähle, denen viele hiesige Pferdebesizer zum Opfer gefallen sind, ausgeführt zu haben. In den verschiedensten Gegenden der Stadt wurden nämlich Pferde aus den Pferdehüllen gestohlen und andere Utensilien gestohlen. Dem Kriminalkommissar Grähmayer gelang es, den Angekl. Klein als den Dieb und gleichzeitig die Thatfache festzustellen, daß ein großer Theil der gestohlenen Geschirre den Weg zu Riest genommen hat. Letzterer betrieb neben seinem Amt als Tanzmeister im Lokale seines Vaters noch einen umfangreichen Handel mit Pferdegeschirren. Er behauptete, von einem unredlichen Erwerb seine Kenntniß gehabt zu haben. Da es darauf ankam, die Identität der gestohlenen Geschirre mit den bei Riest beschlagnahmten festzustellen, so war ein ganzes Geschirrlager an Gerichtsstelle gebracht worden und die Verhandlung mußte deshalb in kleinen Schwurgerichtssaale stattfinden. - Nach den Ergebnissen der Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt das Schuldig gegen beide Angeklagte und gegen Klein 11 Jahre, gegen Riest 3 Jahre Zuchthaus. Der Gerichtshof verurtheilte Klein zu 5 Jahren, Riest zu 2 Jahren Zuchthaus.

Der Maurer Gustav Baum, welcher gestern der zweiten Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt wurde, sollte seine Ehefrau in einer das Leben gefährdenden Weise mißhandelt haben. Die Frau wurde am 13. Februar d. J. ins Krankenhaus gebracht, sie hatte eine schwere Verletzung am Hinterkopfe. Ein alter chronisches Leiden gelangte dadurch zum Ausbruch, sie erlag demselben zwei Tage später. Nach dem Gutachten der Sachverständigen ist die Kopfwunde die mittelbare Ursache des Todes gewesen. Die Verhandlung führte ein Eheleben der traurigsten Art vor Augen. Baum's Ehefrau war Wittve als er sie heirathete. Er behauptete, daß sie einen bösen, zänkischen Charakter gehabt habe, ihren ersten Mann habe sie so zugefesselt, daß derselbe sich erhängt habe. Auch der Angeklagte will viel gelitten haben. Er behauptete, daß seine Ehefrau ihm das Vorhandensein eines erwachsenen Sohnes verschwiegen habe, der letztere habe sich erst nach der zweiten Heirath seiner Mutter eingestellt und der Angeklagte habe alle ernährten müssen. Am Abend des 13. Februar habe seine Ehefrau ihm bei Gelegenheit eines ganz geringfügigen Wortstreites den Inhalt einer gefüllten Kasserolle ins Gesicht gegossen, er habe sie zurückstoßen wollen, seine Frau sei schnell zurückgetreten, habe sich mit den Füßen in ein Stück Teppich verwickelt, sei rückwärts gefallen und habe sich dabei den Kopf gegen eine spitze Ecke der Kommode geschlagen. Die 10-jährige Stiefochter gab eine andere Schilderung des Vorfalles. Der Angeklagte sei der Angreifer gewesen. Er habe die Mutter gepackt und sie

mit voller Gewalt rückwärts zu Boden geschleudert. Ihre Mutter sei bewusstlos und aus einer tiefen Kopfwunde blutend liegen geblieben. Es wurde ferner erwiesen, daß der Angeklagte seine Ehefrau vielfach gemißhandelt hatte. Diese Umstände, sowie die Thatfache, daß der Angeklagte ein wegen Gewaltthätigkeiten vielfach, einmal sogar mit 4 Jahren Gefängnis vorbestrafter Mann ist, überzeugten den Gerichtshof, daß die Darlegung des Kindes die richtige sei. Das Urtheil lautete auf ein Jahr Gefängnis, wovon 3 Monate durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurden.

**Ein dunkler Sachverhalt** lag einer Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung zu Grunde, die gestern den Schuhmacher Max Bette vor die neunte Strafkammer des Landgerichts I führte. Er wurde beschuldigt, den Schlossermeister Schoppa durch den Schuß eines Revolvers am Halse verletzt zu haben. Der Angeklagte bestritt diese Beschuldigung, wollte von einem solchen Schuß absolut nichts wissen und gab der Meinung Ausdruck, daß ein solcher vielleicht nur in der Phantasie des Zeugen bestiehe. Letzterer behauptete, daß, als er am 27. Mai, Abends kurz nach 10 Uhr, nach Hause gekommen sei, er den in demselben Hause wohnenden Angeklagten Bette mit einem anderen jungen Manne vor der dunklen Hausthür angetroffen habe. Bette habe ihm seinen Begleiter als den jungen Mann vorgestellt, über dessen Einstellung in seiner Schlosserwerkstatt er mit ihm bereits gesprochen habe. Während des Gesprächs habe er in der Hand des Bette plötzlich etwas „knipsen“ gehört, er habe einen Feuerstein bemerkt und einen geringen Schmerz am Halse gefühlt. Mit dem Bemerkten „Das war nicht meine Absicht!“ hätten sich Bette und seine Begleiter schleunigst entfernt. Der Meister ist dann nach drei Tagen, als er bemerkte, daß er eine eiternde Wunde am Halse hatte, die ihn schmerzte, zum Dr. Schöps gegangen und ist von diesem kurze Zeit behandelt worden. Der Arzt hat nicht feststellen können, ob die Wunde von einem Schuß oder einem Stich herrührte. Der als Sachverständiger vernommene Hof-Büchsenmacher Barckla erklärte es als sehr unwahrscheinlich, daß bei einem aus so unmittelbarer Nähe abgegebenen Revolverschuss das Geschoss an einem Knochen des Halses abgeprallt sein könne und daß nicht ein lauter Knall gehört sein sollte. Der Angeklagte, sein Begleiter und noch mehrere andere Zeugen bestritten, daß das von dem Zeugen geschilderte Geschehen vor der Hausthür nach 10 Uhr Abends stattgefunden habe. Der Angeklagte will um diese Zeit überhaupt nicht mit dem Zeugen zusammengetroffen sein, jenes Gespräch vielmehr schon um 7 Uhr geführt haben. Von einem Schuß ist weder ihm noch seinem Begleiter das Geringste bekannt, letzterer mußte aber zugeben, daß Bette früher einen Revolver besessen habe. Der Zeuge blieb trotz alledem fest bei seiner Schilderung, legte das durchlöcherete Hemde vor und zeigte dem Gerichtshof die Narbe an seinem Halse. Nachdem ein Zeuge noch belundet hatte, daß der Zeuge an jenem Abend etwas angetrunken gewesen, erachtete der Gerichtshof mit dem Staatsanwalt die Sache in subjektiver Beziehung für nicht genügend aufgeklärt und erkannte auf Freisprechung.

## Soziale Uebersicht.

**Achtung, Parteigenossen!** An alle Inhaber von Sammelbüchern für die ausgesperrten Ruhrheimischen Arbeiter richtet das unterzeichnete Komitee die dringende Bitte, recht eifrig zu sammeln und den Betrag schleunigst an Heinrich Böcker, Adlershof, Wismarstraße 57, abzuliefern. Ebenso wird um schleunige Ablieferung der bewilligten Gelder aus den verschiedenen Volksversammlungen gebeten. Unbegreiflich ist es uns, wie man derartige Gelder so lange zurückhalten kann. Treffen sie bis Sonnabend nicht ein, so kann an ca. 60 Familienväter keine Unterstützung gezahlt werden.

Das Unterstützungskomitee.

**Achtung, Schuhmacher!** In der Fabrik von Rosenthal und Groß, Grünstraße (Amerikanische Schuhfabrik), sind 50 Arbeiter in Streik getreten. Die Ursache des Streiks ist die Aussperrung der Zuschneider, Lohnabzüge und die Forderung der Streikenden auf Abschaffung der Fabrikordnung und humane Behandlung. Wir bitten die Kollegen, den Zugang streng fern zu halten. Die Kommission.

**Der Streik der Stettiner Steinseher** dauert nun bereits 10 Wochen (seit 1. April); von seiner Seite ist bis jetzt die geringste Nachgiebigkeit gezeigt worden. Die Innungsmeister erklären, überhaupt von den Streikenden keinen Mann mehr beschäftigen zu wollen, und die Streikenden haben bis jetzt noch jeden Einzelnen der wenigen Zuschneider weggeschickt und wieder abgeschickt! Die Streikenden sind fester als je entschlossen, den aufgedrungenen Kampf bis aufs Äußerste zu führen. Die Hälfte der Streikenden hat Stettin bereits verlassen, um fern von Frau und Kind ihre Existenz zu suchen, die ihnen daheim so schwer gemacht werden soll (20prozentige Lohnherabsetzung). Wir bitten wiederholt sämtliche Genossen des Saufaches, Steinseher vor Zugang nach Stettin zu warnen, da die Unternehmer Woche für Woche durch bürgerliche Blätter Arbeitskräfte heranzuziehen suchen. Wenn möglich, wird auch um materielle Unterstützung gebeten. Adresse: G. Ortman, Stettin, Deutschesstr. 30.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

**Das Ende des Schuhmachersstreiks in Burg** steht nicht, wie wir gestern fälschlich mitgeteilt, in baldiger Aussicht, sondern dauert, einem Privattelegramm des Streikkomitees zufolge, unverändert fort. Zu unserer gestrigen Notiz glaubten wir uns um so mehr berechtigt, als die in derselben enthaltenen tatsächlichen Angaben der Magdeburger „Volksstimme“ entnommen waren, eines Arbeiterblattes, das sich immer über den Streik als gut unterrichtet gezeigt hat. Allem Anschein nach sind zwischen der Streikkommission einerseits und dem Vertrauensmann der deutschen Schuhmacher, W. Bod aus Göttingen, tiefgehende Meinungsverschiedenheiten in bezug auf die zu stellenden Friedensbedingungen ausgebrochen. Indem uns sichere Nachrichten noch von seiner Seite vorliegen, beschränken wir uns auf das oben Gesagte und raten den Beteiligten, allen gegen die Beteiligten sprechenden Gerüchte vorläufig mit Vorsicht zu begegnen.

**Der Streik der Knüpfereien in Hannover** ist beendet. Gestern Morgen nahmen die Streikenden, nachdem ihnen seitens der Firma Dehmann, Sporer und Friedrich sämtliche Forderungen bewilligt waren, die Arbeit wieder auf.

**Ueber die Lohnbewegung in der Schweiz** schreibt man uns von dort: Die für die diesjährige Lohnbewegung von der schweizerischen Arbeiterschaft aufgebrauchte Summe beträgt bereits 50 000 Franken. Der Streik der Schreiner und Schmiede und Wagner in Zürich dauert fort. Der Streik der Arbeiter in Rheinfelden hat mit dem Siege der Arbeiter geendet, während die Schmiede und Wagner in Winterthur den Streik für beendet erklärten, nachdem immerhin einige Zugeständnisse seitens der Meister gemacht wurden. Verloren für die Arbeiter ist der Streik der Schuhmacher in Olten. Die schweizerische Streikkampagne ist für dieses Jahr noch nicht ganz beendet, doch darf man jetzt schon sagen, daß sie mit wenigen Ausnahmen auf der ganzen Linie einen unglücklichen Verlauf genommen und die Unternehmer im selben Maße zusammengeführt hat, als die Arbeiterorganisationen durch Maßregelungen und Abreise der Mitglieder zerrissen worden sind. Das zweischneidige Schwert des Streiks hat offenbar die Arbeiter mehr geschädigt als die Unternehmer.

Die Zentral-Krankenkasse der Frauen und Mädchen Deutschlands ist, wie auf der Generalversammlung in

Magaz mitgeteilt wurde, in ihrer Mitgliederzahl von 10 450 am Schlusse des Jahres 1892 auf 9010 am Schlusse des Jahres 1893 gesunken.

Zwischen den streikenden Rutschern Londons und den Wagenbesitzern hat sich der Minister des Innern erboten, zu vermitteln.

**Eine frohe Botschaft** konnten am 31. v. M. die Aktionäre der „Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken“ bei ihrer Generalversammlung entgegen nehmen. Der Auktionshelfer sind nicht sehr viele; 28 Aktionäre waren erschienen, alles Leute, die weder das Pulver erkunden haben, noch die Fabrikation desselben betreiben, sondern das ruhig ihren Arbeitern überlassen. Der Generaldirektor machte der Versammlung Mitteilung über die seit Fertigstellung des Verichts eingegangenen größeren Aufträge auf Militärpulver, und schilderte die Aussichten des Geschäfts als erfreulich und denen des vergangenen Geschäftsjahres nicht nachstehend. Haist'n Geschäft! Der Militarismus verpulvert ja ungeheure Summen und die armen Pulveraktionäre verdienen dann doch wenigstens so viel, daß auch sie ihre Geldminen springen lassen können.

**Ein industrielles Kartell-Projekt.** Aus Chemnitz wird geschrieben: „Da die sehr schlechten Verhältnisse in der sächsischen Strumpfwaren-Fabrikation noch immer andauern, so giebt man sich jetzt hier von verschiedenen Seiten Mühe, diese Industrie zu kartellieren. Dieser Gedanke erscheint jedoch gänzlich unbedenklich. In der Strumpfwaren-Fabrikation ist die Zahl der kleinen und kleinsten Fabrikanten Legion, ihre Verhältnisse sind vielfach derartige, daß sie sich den ausländischen Bestellungen fast bedingungslos fügen müssen. Eine Vereinigung der bessergestellten Fabrikanten zur Erzielung höherer Preise würde die ohnehin mit jedem kleinen Faktor bereits direkt verkehrenden Einkäufer nur den geschäftlich stuppelosen Fabrikanten noch mehr zutreiben. An eine an nähernd vollständige Kartellierung der sehr verschiedenartigen Elemente in der Strumpfwaren-Fabrikation ist durchaus nicht zu denken. Das ist auch den großen Firmen dieser Industrie sehr wohl bekannt und deshalb werden sie dem Gedanken nicht näher treten.“ — Nun, was vorläufig noch nicht möglich, mit der Zeit wird es doch eintreten. Sind erst einige groß geworden, dann wird der Auffangungsprozess beginnen.

**Ein deutsches Zuckersyndikat.** In Oesterreich besteht schon seit einer Reihe von Jahren ein Kartell der Zuckerraffinerien. Dadurch ist es den vereinigten raffinierten Raffinerien möglich gemacht worden, dem Volke jährlich rund 20 Millionen Mark mehr aus der Tasche zu holen. Die Riesenprofite der österreichischen Zuckerraffinerien scheinen es den Deutschen angethan zu haben, sie wollen auch so was ähnliches zu Stande bringen. Auf der letzten Versammlung der Zuckerraffinerien Deutschlands wurde ein Flugblatt vertheilt, welches den Vorschlag macht, sämtliche deutsche Zuckerraffinerien und Raffinerien in ein Syndikat zusammenzufassen. Wer nicht mitthun will, soll niederkonturirt werden, daß man ihm entweder den Rohzucker vorenthält oder sein Rübengebiet entwindet. Auch der nächste Zweck des Syndikats ist in dem Flugblatt gleich angegeben. Von jedem im Inlande verkauften Zentner Zucker erhält die vom Syndikat eingerichtete Verkaufszentrale 4 M. Mit diesem Gelde wird die bisherige, an einem bestimmten Tage wegsfallende staatliche Exportprämie den Exporteuren weiter gewährt, der Rest wird an die Syndikatsmitglieder aufgetheilt. Der Effekt für die Konsumenten in Deutschland würde sein, daß sie jährlich 40 Millionen Mark mehr zu zahlen hätten als bisher. — Der Plan des Flugblattmachers wird zwar nicht so schnell seine Verwirklichung finden, als es sein Schöpfer denkt und hofft. Aber so aussichtslos ist er nicht. Die Regierung kann und wird nichts dagegen thun. Die Landwirtschaft befindet sich ja in einem Nothstand und die Zuckerraffinerie gehört zur Landwirtschaft, ergo geht es auch ihr schlecht. Wie folgendes Beispiel zeigt. Vor zwei Jahren verdiente die Zuckerraffinerie, zu deren Hauptaktionären Herr Bennigen gehört, Herr Bennigen für den jezt auf den westfälischen Schächten die Arbeiter-Mittel und Arbeitergroßen zusammengetrommelt werden — in einer Campagne mehr als ihr ganzes Aktienkapital betrug. Das ist doch Nothstand genug. Dann noch eins. Bis jezt mußten die Rübenschnitzel frisch verarbeitet werden, die Thätigkeit der Zuckerraffinerien drängte sich auf einen ganz kurzen Zeitraum zusammen, eine Thatsache, die für die Unternehmer eine ganze Menge Uebelstände im Gefolge hatte. Nun lag der technischen Kommission der Syndikatskammer der französischen Zuckerraffinerien bei ihrer letzten Zusammenkunft eine Denkschrift über ein Verfahren vor, durch welches der Erfinder glaubt, im rationellen Fabrikbetriebe den Zucker der Rüden gewinnen zu können, indem die geschneiderten Rüden getrocknet werden, bevor man sie auf kaltem Wege der Diffusion oder Maceration unterwirft. Das Verfahren scheint noch nicht einwandfrei zu sein. Man wird es verbessern. Aber das kostet Geld. Die armen Zuckerraffinerien können das doch nicht aus ihrer Tasche zahlen. Also wird wohl das arbeitende Volk wieder erhalten müssen. Ob als Versuchsobjekt eines Syndikats, ob dadurch, daß es die Exportprämie für Zucker gedulbig weiter zahlt, blechen muß es auf alle Fälle. Die Landwirtschaft ist das Rückgrat, die Hauptstütze, das Fundament des Staates, dessen Zweck nach Bismarck darin besteht, Millionäre zu züchten.

**Das Petroleum-Monopol.** dessen Inausführlichkeit wir schon Ende des vorigen Jahres unseren Lesern anzeigten, ist nun thatsächlich zu Stande gekommen. Wie eine Nachricht aus Paris besagt, ist zwischen Rothschild, d. h. dem Kartell der kaufmännischen Rappia-Industriellen, und der amerikanischen Standard Oil Company eine völlige Einigung erzielt worden, der Pakt ist geschlossen, gefertigt und gegesigt, die Generalausbeutung aus Volkes Kosten kann losgehen. Aber nicht bloß der Petroleum-Großhandel ist den Monopolisten verfallen, auch der Zwischenhandel ist schon zum größten Theil in ihre Fänge geraten, wenigstens in Deutschland. Der deutsche Abnehmer der Standard Oil Company, die deutsch-amerikanische Petroleum-Gesellschaft, zerbricht im Sturmschritt jedwede Konkurrenz. In Stettin war vor einigen Jahren eine Petroleum-Import-Gesellschaft gegründet worden, die den Monopolgeflüsten des Herrn Rockefeller und seiner Leute ein Paroli biegen sollte, die Standard Oil Company hat sie aufgefressen; in Bremen bestand eine Petroleumraffinerie, die sich sehr rentierte, die Standard Oil Company hat sie sich angeeignet.

Wie weit die Entwicklung bereits fortgeschritten, geht aus dem Reichsstaatsbericht der Berliner Aktiengesellschaft Petroleum-Lagerhof hervor, der soeben veröffentlicht wird. In diesem Bericht heißt es: „Die Einnahmen sind deshalb zurückgegangen, weil das Petroleum-Verkaufsgeschäft sich zu einem Monopol der amerikanischen Petroleum-Importgesellschaft seit Jahresfrist herausgebildet hat. Es sei kaum noch möglich, Petroleum von anderer Seite zu importieren.“ Diese Sätze wurden geschrieben, ehe noch die Folgen des Uebereinkommens zwischen Rothschild und Rockefeller sich zeigen konnten. Nach Jahresfrist werden die Thatsachen noch eine ganz andere Sprache sprechen.

**Bergarbeiter-Bewegung.** Die Miners Federation beschloß laut „Königlicher Volks-Zeitung“, die schottischen Kohlenarbeiter sollten die zugestandene Lohnreduktion rückgängig zu machen suchen, der Verband werde sie bei einem etwaigen Ausstände mit Geld unterstützen. Nun erfolgt eine Abstimmung der schottischen Arbeiter durch Stimmzettel. Das Ergebnis wird am 8. Juni in einer zu Glasgow abzuhaltenden Versammlung vorgelegt werden.

## Versammlungen.

**Eine öffentliche Versammlung der Maurer und Puffer** tagte am 6. Juni in den „Arminhallen“. Die Tagesordnung lautete: „Der Bierbojott und welche Lehre haben die Gewerkschaften daraus zu ziehen?“ Der Referent Reichstags-Abgeordneter Kuer nahm aus Anlaß des Schwachen Besuchs der Versammlung zunächst Gelegenheit, die sich einander befindenden Organisationen der Maurer zur Einigkeit zu ermahnen und gab ihnen den Rath, allen Streit über diese oder jene Form der Organisation vollständig bei Seite zu lassen und die Fehler der Vergangenheit in Zukunft zu vermeiden. Zum Thema übergehend, bemerkte der Redner, daß der „Bojott“ wohl dem Namen nach, nicht aber in seiner Anwendung etwas Neues ist. Schon in grauer Vorzeit wurde er in Anwendung gebracht und tritt in der Geschichte überall da, wo sich Gegensätze zwischen verschiedenen Nationen oder Gesellschaftsschichten derselben Nation geltend machen, augenfällig in Erscheinung. Der Name Bojott tauchte zuerst auf im Kampfe der irischen Pächter gegenüber ihren englischen Grundherren, wo im Herbst 1880 ein Kapitän dieses Namens, der sich der irischen „Landliga“, einer Verbindung, welche auf Aenderung der Landbesitzverhältnisse und -Gesehe in Irland abzielte, besonders mißliebige machte und von den Irländern derart in die gesellschaftliche und wirtschaftliche „Nicht“ gethan wurde, daß Niemand für ihn arbeiten, Keiner von ihm kaufen oder mit ihm verkehren durfte. Das Mittel bewährte sich und das Wort Bojott oder bojotten ging in die englische Sprache über. Bei uns in Deutschland ist dies Verfahren auch nichts Neues. In der bürgerlichen Presse aller Schattirungen wird gerade jezt gelegentlich des Bierbojotts ein sächterliches Geschrei erhoben über den „Terrorismus der Arbeiter“ und gerade diejenigen, welche am meisten schreien, haben den Bojott — allerdings gegen Arbeiter — zuerst angewandt. Redner verwies auf die Monate Juli, August u. s. w. des Allentagsjahres (1878), wo tagtäglich auf der ersten Seite vieler bürgerlicher Zeitungen, wie „Post“, „Berliner Tageblatt“ u. s. w., solche Firmen in fetter Schrift glänzten, welche in überchwänglichem Patriotismus und Byzantinismus erklärten resp. sich verpflichteten, keinen Arbeiter, der einer gewerkschaftlichen Organisation oder einem sozialdemokratischen Verein angehört, zu beschäftigen bzw. einzustellen. So war es nicht nur in Berlin, sondern auch in Sachsen, Rheinland und Westfalen. Später ist dasselbe Verfahren wiederholt worden. Der verstorbene Abgeordnete Max Kaiser habe im Reichstage eine Liste vorgelegt, welche Namen von vielen Hunderten von Großindustriellen enthielt, die sich zur Nichtbeschäftigung einer großen Anzahl, „im Geruch der Sozialdemokratie stehender“, bestimmter Arbeiter verpflichteten. Der Fall habe damals viel Aufsehen erregt, doch habe es nicht lange gedauert, so mußten selbst die königl. Fabrikinspektoren in ihren Berichten konstatieren, daß seitens vieler Fabrikanten die „böbliche“ Prozedur geübt werde, die Entlassungsscheine der Arbeiter zu kennzeichnen“. Bekannt sei ja auch das „Hand in Hand gehen“ des Kriegsministers v. Verdry mit den Privatbetrieben aus Anlaß der Aussperrungen der Arbeiter durch die „Nahmänner“ gelegentlich der Waiserei im Jahre 1890. Ebenso beteiligten sich damals und noch heute die königl. Eisenbahnverwaltungen am Bojott gegen „mißliebige“ Arbeiter; weiterer Beweis in neuerer Zeit sei die „schwarze Liste“ des Hauptmanns a. D. Straß, des Direktors auf Grube „Ilse“ bei Guben, aus der zur Evazion hervorgeht, daß nicht selten mit Unterstützung der Staatsbehörden der Bojott — gegen Arbeiter geübt wird. Nun, wo ihn die Arbeiter zur Vertheidigung ihrer Rechte gegenüber ihren Unterdrückern in Anwendung bringen, schreien alle bürgerlichen Parteien, vom Stöder bis zum großen Eugen nach dem Staatsanwalt, Aenderung der Strafgesetze und allem Möglichen. Nachdem Redner an markanten Beispielen nachgewiesen, daß auch Militärbehörden, Landräthe und auch städtische Polizeibehörden sehr gut das edle Handwerk der Saalatreiberei — jedenfalls doch auch eine Art Bojott — verstehen und betreiben, konstatirte er, daß seitens der sozialdemokratischen Partei der Bojott nur in sehr seltenen Fällen und nur dann in Anwendung gebracht werde, wenn „sein oder Nichtsein“ derselben ernstlich in Frage komme. Redner erklärte im Namen des Parteivorstandes und glaubte hierbei auch der Zustimmung der gesammten Fraktion sicher zu sein, daß auch die Arbeiter der Nahrungsmittel-Industrie ihren Streik und ihre Lohnkämpfe mit dem Unternehmertum in derselben Weise aufzufuchen haben wie jede andere Gewerkschaft, und daß sie hierbei nur auf moralische und finanzielle Unterstützung der organisirten Arbeiterorganisation rechnen können. Deshalb haben auch der Bojott des Ringel-Bolle, der Böser u. Wolff und einzelner Bauereien in früheren Jahren nicht die Sympathie der Gesammtheit der Parteigenossen gefunden. Auch die Böttcher haben sich gelüßt, wenn sie glaubten, bei ihrem Vorgehen am und nach dem 1. Mai auf Unterstützung durch den Bojott rechnen zu können; sie seien auch von maßgebender Stelle gewarnt worden und hatte somit das Risiko auf sich und ihre Organisation selbst zu nehmen. Der Redner gab hierauf ein Bild über die Ursachen, die Entstehung und den befeindlichen Verlauf des Bierbojotts. Wenn auf der gegnerischen Seite, ebenso wie bei uns, der Wunsch, den Kampf zu vermeiden, vorhanden gewesen wäre, dann wäre es nie dazu gekommen. Der „Bierbojott“ mochte aber den Kampf und „Schlag los“. Die allezeit kampfbereite Sozialdemokratie, durch die Provokation des Ringel-Bolle alarmirt, aber nicht überrascht, mußte den hingeworfenen Fehdehandschuh aufnehmen, die Ehre der Partei stand auf dem Spiele. Der Kampf dürfte noch lange und scharf geführt werden und Jeder müsse sich beeifigen, über die Situation klar zu werden. Der Ausgang kann kaum zweifelhaft sein. Durch weitere Maßregelungen ihrer Arbeiter würden die Brauereidirektoren die Flamme wieder zu hellem Feuer ansuchen und wäre es von unserm Standpunkt aus nicht zu bedauern, wenn sie in der vermeintlichen Wahrnehmung ihrer Interessen so blind darauf losgehen würden. Verhindern können wir es nicht und denjenigen, die dem Bojott bisher wenig sympathisch gegenüberstehen, würden endlich die Augen geöffnet über die angebliche Menschen- und Arbeiterfreundlichkeit der Rösche und Konsorten. Käme dann noch die „Lokalfrage“ hinzu, bei! das gebe ein lustiges Jagen und uns spränge der allerschärfste Vogen sicherlich nicht in die Augen. Unsere Friedensbedingung ist: „Herstellung des Zustandes vor der Aussperrung der Brauerei-Arbeiter“. Unsere Positionen können nur dann verloren gehen, wenn die Berliner Arbeiter so charakterlos wären, zu Hoppoldt und Rösche zu gehen und zu sagen: „Bisher habt ihr uns nur mit Ruthen gepeitscht, bitte, züchtet uns jezt und in Zukunft mit Skorpionen“.

An den häufig durch lebhaften Beifall unterbrochenen Vortrag schloß sich eine kurze Diskussion, in der Neumann und Silberstein auftraten, die Frauen dahin zu unterrichten, auf den Handel mit bojottirtem Flaschenbier zu achten. Folgende Resolution fand Annahme: „Die 2c. Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen der Berliner Arbeiterschaft befreit, des Bierbojotts solidarisch und verpflichtet sich, soweit ihr Einfluß reicht, auf den Kaufstellen, in Familien, sowie in Lokalen, wo Bauarbeiter verkehren, mit aller Kraft für strikte Durchführung des Bojotts einzutreten.“ — Zum Schluß wurde bekannt gegeben, daß am nächsten Sonntag Vermittlung im Lokal von Richter (früher Gründer) Schwerinstraße 13 eine öffentliche Versammlung für die Maurer des Potsdamer Viertels, Schöneberg und Umgegend stattfindet.

Arbeiter-Bildungsschule. Freitag, Abends von 8-10 Uhr: Nord-Schule, Wallerstraße 179a und Süd-Schule, Waldemarstr. 14. Deutsch (Vogel und Kestner). Bei allen Unterrichtsstunden werden neue Theilnehmer, Tamen und Herren, jeder Zeit aufgenommen.  
Sofa- und Pianoschule. Freitag, Carl Marx, Abends 8 Uhr, bei Gruber, Wartenborfstr. 5. — Wessen, bei O. Werner, Wollweberstr. 29.





## Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein bojkottirtes Bier!

### Das Schandurtheil von Palermo. Crispi's neueste That.

Ein Schrei des Stammes und des Schreckens geht durch alle freiherrlich gesinnten Gemüther Italiens, ein Gefühl der Verbitterung, aber auch des Abscheus, der Empörung und des Glets hat sich aller sozialistischen Herzen bemächtigt.

Das ist die Wirkung des Schandurtheilspruches in dem Prozesse De Felice und Genossen in Palermo. Man muß die nichtsozialistischen, nur bürgerlich freiherrlichen oder republikanischen Blätter Italiens lesen, um von der Stärke und Tiefe dieser Empfindung den wahren Eindruck zu erhalten.

Von allen Schandthaten Crispi's in dieser Sache und jammerbeladenen sechsmonatlichen Zeit seiner bisherigen Diktaturherrschaft über Italien ist dies die ungeheuerliche That. Denn Crispi's persönlicher Haß, seine persönliche Rachsucht gegen De Felice, diesen reinen, edlen Charakter, vor dem die Jämmerlichkeit Crispi's in politischen und Wahlkämpfen schon zweimal schimpflich Schiffbruch leiden mußte, hat dieses Urtheil ausgedrückt, hat es durch Gebot an seinen Hausknecht Morra hervorgerufen. Das wird heute ganz klar und offen in einem Leitartikel des bürgerlichen Blattes „Il Secolo“ karggelegt und festgestellt. Aber das Blatt sieht es auch ein und beklagt es tief, daß durch diese Schandthat Crispi's eine Saat des Hasses und der Rache zwischen der herrschenden Klasse und der Klasse des Proletariats ausgesät worden ist, die in nicht langer Zeit fürchterlich und fruchtbar aufgehen muß. Schon jetzt erregt dieses Schandurtheil nicht nur das Proletariat, sondern deutlich erkennbar Hunderte und Tausende aus den gebildeten Kreisen, die bisher vom Sozialismus nie etwas wissen wollten. Junge dessen sind die Studentenunruhen über das Schandurtheil in Neapel, in Genua, Pisa und Bologna. Die Ausritte des Unwillens und der Empörung in vielen radikalen politischen Klubs, die heute gemeldet werden.

Man bedenke, was hier geschehen ist. Seit dem 7. April dauerte dieser Prozeß. In all' diesen Tagen bis heute wurde nicht eine einzige greifbare Handlung irgend eines der Angeklagten aufgefunden, die unter das Strafgesetz fällt. Alle von der Schaar der Polizei-Agenten und Lockspindel vorgebrachten Anklagen erweisen sich als Lug und Trug, als die gemeinsten Fälschungen. Eine der allerersten und Hauptanklageschriften mußte Crispi selbst im Parlament als Fälschung zugestehen. Wie Hunderte zerkleinert vor den ergreifenden Verteidigungsvorträgen von De Felice, Bosco und Barbato die blödsinnigen Beschuldigungen der Enträumung von vier Festungen Siziliens an die Franzosen, an die Engländer; die Anklage vom Anlauf von Gewehren und Munitionsmaterial mit französischem Gelde. Nicht ein einziges Gewehr konnte in den angeblichen geheimen Schlupfwinkel der „zur Vorbereitung Siziliens Verschworenen“ aufgefunden werden. Nichts, wirklich nichts konnte sämtlichen Angeklagten vorgehalten und nachgewiesen werden, als die offen vor aller Welt seit Jahresfrist geförderte Gründung der Fasci in Sizilien, der ersten Organisation der bis auf Blut ausgefegenen Land- und Stadtarbeiter Siziliens, der Organisation aber nur zur Verbesserung ihrer Lage, um höheren Lohn, um ein menschenwürdiges Arbeitsverhältnis mit den Landherren zu erhalten und freilich zugleich die Erfüllung dieses Proletariats mit der erlösenden Idee des Sozialismus. Das letztere gab den Ausschlag und rief die Wuth der Henker hervor, die sie zu dem Schandurtheil aufstachelte.

Der Wortlaut des Urtheils mit seiner Begründung ist noch nicht mitgeteilt, nur so viel steht fest und ist heute bekannt, daß die fürchterlichsten Strafen erkannt worden sind nicht wegen unmittelbarer Hervorrufung des Aufstands und der revolutionären Erhebung Siziliens, sondern wegen mittelbarer Vorbereitung zu einer solchen revolutionären Erhebung.

Es wurden verurtheilt: De Felice Guffrida, der Parlaments-Abgeordnete, zu 16 Jahren Zinkerkerung und außerdem zu 6 Jahren Polizeiaufsicht und zur Aberkennung seines Mandats als Abgeordneter.

Garibaldi Bosco, Buchhalter in Palermo, zu zwölf Jahren Kerker, Nicola Barbato, Arzt in Piana dei Greci, zu 12 Jahren Kerker, Bernardino Berro zu 12 Jahren Kerker.

Giuseppe Montalto, Advokat in Trapani zu zehn Jahren Kerker, Antonino Pico, Student in Francoforte, zu 5 Jahren Kerker und 2 Jahren Polizeiaufsicht.

Nicola Petrina und Gaetano Bengi zu 8 und 2 Jahren Kerker.

Die Namen der Richter aus dem Stande der von Crispi ausgewählten Soldateska, die dieses Schandurtheil gefällt haben, verdienen es, der Nachwelt ausbrennend zu werden. Der Vorsitzende des von General Morra aus verschiedenen Garzonen berufenen Kriegsgerichtes ist der Oberst Guffanti. Als Richter fungierten der Oberstlieutenant der Verfolgter Borgon, der Oberstlieutenant der Infanterie Bianchi, der Artilleriehauptmann Boien — „il boia“ heißt der Henker und so spricht das Volk von Sizilien diesen Namen aus. Ergänzungsrichter waren die Infanteriehauptleute Venturione und Costella.

Ein höchst bezeichnender Zwischenfall in dem Prozeß ist folgender: Der zuerst in dem Prozeß als öffentlicher Ankläger fungierende Staatsanwalt Sodù-Milo war, nachdem die Hauptaktenstücke der Anklage sich als Fälschung herausgestellt hatten, von General Morra zu einem Bankett eingeladen worden. Auf diesem fragte ihn Morra beim Weine über den möglichen Ausgang des Prozesses. Sodù-Milo erwiderte, noch unter dem Eindruck der heutigen Verhandlung: Für die Hauptangeklagten scheinen mir die Elemente der Anklage zu fehlen, für die anderen bleibt vielleicht etwas bestehen, („o' d'orso qualche cosa“). Sofort telegraphirte Morra diese Antwort nach Rom an Crispi und Tage darauf überwies er Sodù-Milo einen Brief des Kriegsministers, der ihn von seinem Amte abrief und als Staatsanwalt den Ritter und Baron Viesi einsetzte, der das Schandurtheil von zweihundzwanzig Jahren gegen De Felice beantragte, das — getreu dem Befehle Crispi's — von den Richtern ausgeprochen wurde.

Die Verurtheilung des Urtheils im Lande hat auch im Parlament — selbst in dieser korrupten Volksvertretung — Aufbrüche des Unwillens und der Empörung hervorgerufen, zu deren Beschwichtigung — ganz pünktlich zur rechten Zeit — zwei Bomben vor dem Palast des Justizministers geplatzt sind. Alle Welt in Rom, wie die neuesten Zeitungsberichte kundthun, hält diese Bomben-Explosionen, die im Uebrigen ganz unschädlich waren, für Ergüsse desselben Ursprungs und Charakters wie die Faustschläge auf den Regierungstisch im Parlament, mit denen Crispi das gefälschte Aktenstück der Anklage gegen De Felice bekräftigte.

Die Bewegung in den Gemüthern aller sozialistisch denkenden Kreise Italiens über das Schicksal der verurtheilten Genossen, deren aufopfernde edelste Uneigennützigkeit mit Begeisterung für die große Sache sich im Verlaufe des ganzen Prozesses aufs glänzendste offenbart hat, ist, ich wiederhole das hier, eine überaus tiefgehende und wird lange nachwirken. Die eben erscheinende „Critica sociale“ in Mailand bringt einen Artikel mit schwarzem Rande und mit der Ueberschrift „Consummatum est“ („Es ist vollbracht“) und einen ergreifenden Artikel enthält die heute erschienene „Gotta di Classe“ mit der Ueberschrift „Unsere Märtyrer“. Dieser Prozeß hat das Selbstbewußtsein der noch so jungen aufstrebenden sozialdemokratischen Partei Italiens mächtig gehieft. Wir erklären uns solidarisch, ruft Turati in dem genannten Artikel aus, mit allen Handlungen, wegen deren unsere wackeren Genossen so schwer verurtheilt wurden, wir sind stolz auf ihr Verhalten, das für uns ein Vorbild sein soll für die Fortsetzung unseres Kampfes. Unsere heroischen Genossen von Sizilien haben uns den Weg gezeigt zum Sieg. Fortan wird ein neues und härteres Feuer der Begeisterung für die große Sache der sozialen Befreiung unsere Herzen durchglühen. Dafür danken wir den verurtheilten Genossen De Felice, Berro, Bosco und Barbato in Liebe. Zur möglichen Abwendung ihres gräßlichen Geschicks, es zu ändern, zu mildern, wollen wir alle unsere Kräfte einsetzen.

### Versammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den vierten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am 5. Juni cr. eine Sitzung ab, die gut besucht war. Der Vorsitzende machte die Mittheilung, daß das Mitglid des Wahlvereins, Genosse Felix Specht, gestorben ist; die Versammlung ehrt in der üblichen Weise das Andenken des Verstorbenen. Stadtdr. J. Adel referirte sodann über „die Leistungen der Berliner Stadtverordneten auf dem Gebiete der Gesundheitspflege“. Die Bourgeoise Berlins pflegt der Arbeiterschaft wie auch jedem Fremden gegenüber mit den „großartigen“ sanitären Einrichtungen unserer Stadt zu prahlen. So hob noch vor einiger Zeit der Moniteur unserer städtischen Verwaltung, die „Vossische Zeitung“, in einem Leitartikel hervor, daß die Sterblichkeit in Berlin von Jahr zu Jahr zurückgehe. Das stimmt nun freilich; aber daraus schließen zu wollen, daß die Gesundheitspflege in Berlin sich stetig bessere, wäre voreilig. Das Zurückgehen der Sterblichkeit hat vielmehr darin seinen Grund, daß die Geburtenziffer in den letzten beiden Jahrzehnten herabgesunken ist, weil ein großer Theil der linderreichen Familien, der Arbeiter in die Vororte hinausgezogen, wo die Miethspreise in der Stadt von Jahr zu Jahr theurer wurden. Gerade unsere Wohnungsverhältnisse sind nicht geeignet, dem Gesundheitszustand der Bevölkerung förderlich zu sein. Nur hier Vorsehung zu schaffen, beantragte die sozialdemokratische Fraktion die Errichtung eines Wohnungsamtes, das z. B. über die Einhaltung gewisser Mindestgrößen bei Wohnräumen zu wachen hätte, sowie die Einsetzung eines städtischen Gesundheitsamtes; aber die Hausbesitzermajorität der Stadtverordneten-Versammlung ging über diese Anträge zur Tagesordnung über. Die so sehr gepriesene Trinkwasserzuführung liegt gleichfalls noch zum guten Theile sehr im Argen. So und so viele öffentliche Brunnen liefern gesundheits-schädliches Wasser, gleichwohl werden sie noch benutzt. Wir haben ferner eine gut funktionirende Desinfektionsanstalt und einen Desinfektionszwang; aber ist in einem Hause zum Schutze der Nachbarschaft und der Gesamtheit die Desinfektion zwangsmäßig erfolgt, so wird von demjenigen, der die Scherereien davon gehabt hat, noch obenein Bezahlung verlangt. Kein Richter wird der Stadt die Berechtigung, sich das bezahlen zu lassen, zuzerkennen, aber gleichwohl ist vor zwei Jahren ein Antrag unserer Fraktion auf Umentgeltlichkeit der Desinfektion durch Uebertragung zur Tagesordnung erledigt worden. Wie die Desinfektion, so müßte auch der Transport von Leuten, die an ansteckenden Krankheiten leiden, nach dem Krankenhause obligatorisch sein. Aber unsere Krankenhäuser genügen bei weitem nicht dem Bedürfnisse; viele Kranke müssen abgewiesen werden, andere, die Aufnahme gefunden hätten, müssen entlassen werden, ehe sie gesund sind. Die Qualität unserer Krankenhäuser läßt nicht weniger zu wünschen übrig. Da wird über mangelhafte Ernährung geklagt, über mangelhafte Behandlung seitens des Wärterpersonals und seitens der Ärzte. Nixend im Auslande herrschen Verhältnisse wie hier, daß ein Oberarzt 2-300 Kranke hat. Als einen Fortschritt können wir es bezeichnen, daß wir Melonvalentinstationen haben, wenn dieselben auch auf den Melonfeldern stehen, wo sie von dem Dufte der Rieselung umlogert sind; bei Anfangsstadien von Schwindsucht sind dort gute Erfolge erzielt worden. Die Sozialdemokraten im Nothen Hause haben gefordert, die so notwendige Sanatorien-Behandlung auch den Verfolgten zukommen zu lassen. Wir haben auch Begate für derartige Sanatorien, aber wir warten schon Jahre darauf, daß man sie baut. Jedoch ein Wöchnerinnen-Heim, in das die gesunde Frau 14 Tage nach der Geburt zu drei- oder vierwöchentlicher Erholung kommen sollte, ist gegründet worden — natürlich auf einem Melonfeld. Aber die Wöchnerinnen blieben aus. Es wurden insolge dessen lungen-schwindsüchtige Frauen dort zugelassen; auch die blieben aus. Denn die Frau kann aus dem Hause nicht weg, weil sie ja in der Familie gebraucht wird. Unsere Parteigenossen im Nothen Hause beantragten, das Heim dann wenigstens unethischen Geburten zu öffnen und so ein Säuglings-Asyl, wie es z. B. in Breslau besteht, zu schaffen, in welchem es der Mutter ermöglicht wird, ihrem Kinde die Brust zu geben. Der Antrag wurde aber abgelehnt. — Zum Schluß ein Blick auf die Gesundheitspflege an unseren Schulen. Jedermann weiß, wie die sogenannten Kinderkrankheiten ihre wesentliche Verbreitung aus der Schule nehmen. Das wissen die Aerzte auch und die Lehrer gleichfalls. Aber bisher ist von der Stadt nichts gethan, um hierin etwas zu bessern, weder haben wir eine genügende Schulreinigung, noch eine Musterung der Kinder bei ihrer Aufnahme, um auf ihre Entwicklung Rücksicht nehmen zu können. Zweimal im Jahre nur findet eine gründliche Reinigung der Schulräume statt, nämlich Reinigung der Fenster, Ausklopfen der Vorhänge zc. Unsere Anträge, hierin ein Mehr zu leisten, wurden abgelehnt. Auch einer so einfachen Forderung, wie Saubuden zu errichten, ist nicht Folge gegeben worden. Die grundbesitzende Vereinigung im Rathhause thut nichts für die Arbeiterschaft, da sie für deren Interessen kein Verständnis hat. (Beifall.)

Eine Diskussion schloß sich an den Vortrag nicht an. Genosse Mangel rechnete vom Stützungsfehl ab. Die Einnahmen betragen 160,70 M., die Ausgaben 184,10 M., es blieb also ein Ueber-

schuß von 22,60 M. Der Vorsitzende theilte noch mit, daß die Mitglieder Ulrich und Fürstenau nach der Erklärung des Boykotts nur das in ihren Kreisen noch befindliche bojkottirte Bier ausgekocht, aber kein neues mehr bezogen haben; die entgegenstehenden, in der vorigen Sitzung gemachten Angaben beruhten also auf Irrthum.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den sechsten Wahlkreis hielt am 5. Juni cr. eine recht gut besuchte Versammlung im Feldschlösschen, Müllerstraße, ab. Referent für das Thema: „Die Chartistenbewegung in England“, war der Vorsitzende Riesel, der in eingehender Weise die Ursachen und den Verlauf dieser Volksbewegung, sowie die Schlüsse, welche die Sozialdemokratie unserer Tage aus der Entwicklung und dem Ende des Chartismus zu ziehen hat, den Hörern vorführte. — Ohne Diskussion des beifällig aufgenommenen Vortrages schritt man zur Erörterung des überall im Vordergrund des Interesses stehenden Bierboykotts. Genosse Siebell erwähnte, daß die Arbeiter der Spielhagen'schen Seifenfabrik in der Kündigungsfrist infolge der Intervention des Direktors von der Norddeutschen Vereinsbrauerei genöthigt wurden, bei Strafe der Entlassung das Bier der genannten Brauerei weiter zu konsumieren. (Beifall.) Eine Reihe weiterer Redner gab eine Liste der Wirthe des Wedding-Stadtheils bekannt, die, weil sie bojkottirtes Bier führen, nicht auf die Kundschaft der Arbeiter rechnen dürften. Es wurde scharf gerügt, daß in ganz leichtfertiger Weise schädigende Gerüchte über bekannte Parteigenossen, so z. B. über Engel und Kleinert, verbreitet werden, die in keiner Weise ihre Pflicht bezüglich Durchführung des Boykotts vernachlässigt haben. Der Inhaber des Volks-Kaffeehauses am Weddingplatz (Ausschank Schultheiß und Union) ist den referirenden Parteigenossen in wenig zuvorkommender Weise entgegen getreten. Mehrere Redner traten mit Wärme dafür ein, daß die Wirthe und Handelsleute, welche Boykottbier führen durch Flugblätter der Arbeiterschaft bekannt gegeben würden. Man beauftragte den Vorstand, mit Hinzuziehung anderer Personen genaue Kontrolle nach dieser Richtung hin auszuüben und das Material der Boykottkommission zu übermitteln. Mit dreifachem Hoch auf die Solidarität der Arbeiter schloß die Versammlung.

Die zweite Versammlung, die an demselben Abend bei Hensel (Invalidenstraße) einberufen war, erfreute sich gleichfalls eines sehr regen Besuches. Ehe in die Tagesordnung eingetreten wurde, ehrte man zunächst das Andenken an die verstorbenen Vereinsgenossen Schmidt, Georg Müller und Karl Griep durch einmüthiges Erbeben von den Plagen. Der Vortrag über das Thema: „Die Volksschule wie sie ist und wie sie sein sollte?“ mußte wegen Krankheit des Referenten, Genossen Mehnert, leider ausfallen. Laut gefasstem Beschlusse wird in der nächsten Versammlung über dieses Thema Genosse Haupt referiren. An Stelle Mehnerts sprach nun Augustin und zwar über die Frage: „Wird die Sozialdemokratie siegen?“ Der mit großem Beifall aufgenommene Vortrag, in welchem der Referent zu einem die gestellte Frage bejahenden Schlusse gelangte, leistete eine interessante Diskussion ein, in welcher Neumann, Jachau und J. Faber das Wort nahmen und die den Wunsch laut werden ließ, in ähnlicher Weise über angeregtere Fragen und Thematika des Vortrages zu diskutieren. Wie sodann mitgeteilt wurde, hat sich der Vorstand genöthigt gesehen, zwei Vereinsmitglieder, den Klempner Christian Oswald und den Schlosser Georg Theile aus dem Verein auszuschließen. Die Kaiser hervorhob, lasse speziell die Rosenfelder Vorstadt in bezug auf Organisation noch vieles zu wünschen übrig und wurde an die dortigen Genossen die dringende Mahnung zur Organisation gerichtet.

Löwenstein warf noch die Frage auf, wie sich der Wahlverein zu dem bevorstehenden Sängerfeste des Arbeiter-Sängerbundes stelle? Er glaubte in Rücksicht darauf, daß kaum die Hälfte der Sänger gewerkschaftlich oder politisch organisiert sei, sowie daß der Sängerbund nur gegen Entgelt der Arbeiterseifen mitzuwirken gewillt sei, den Genossen empfehlen zu sollen, dem Sängerfeste fern zu bleiben. Dem Genossen Löwenstein wurde nachgewiesen, daß er sich bezüglich seiner Anschauungen über den Sängerbund im Irrthum befinde, auch wurde ihm bedeutet, daß der Wahlverein als solcher und noch weniger der Vorstand desselben irgend wie Stellung nehmen könne zum Arbeiter-Sängerbunde. Die Sache war damit erledigt. Ebenso wurde der Wunsch des Genossen Löwenstein, das Bassalfest diesmal in vier Lokalen stattfinden zu lassen, durch den Hinweis darauf gegenstandslos, daß die Cassale-Freier diesmal voraussichtlich des Vierboykotts wegen gänzlich ausfallen werde.

Der allgemeine deutsche Tapezirer-Verein (Zentrale Berlin) hielt am Montag, den 28. Mai, eine Mitglieder-Versammlung ab, in der Genosse Sassenbach in einem sehr interessanten Vortrag über „Die Bestrebungen der Innungen“ sprach. Leider war die Versammlung nur schwach besucht. In der Diskussion sprach Kollege Weis im Sinne des Referenten. Unter „Verschiedenes“ machte der Vorsitzende bekannt, daß für die Bibliothek „Schlossers Weltgeschichte“ angekauft sei und fordert die Mitglieder zur regen Benutzung der Bibliothek auf. Mit dem Ersuchen, für den Besuch der nächsten Versammlung recht fleißig zu agitiren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Der Zentralverband deutscher Maurer (Zentrale Berlin II) hielt am 3. Juni im Victoria-Salon, Verlegerstraße, eine Wanderversammlung ab. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten referirte Kollege Gröppler über das Thema: „Die wirtschaftliche Lage der Maurer.“ Redner erörterte sehr eingehend den Werth einer guten Organisation und forderte lebhaft zum Beitritt in den Verband auf. In der Diskussion sprachen die Kollegen Golisch, Fritsch, Mostall und Hansherr im Sinne des Referenten. Vom Kollegen Dasse wurde folgender Vorfall wiedergegeben: Auf dem Bau in der Götterstraße, Charlottenburg, wird ein alter Kollege beschäftigt, der 25 Pfg. Stundenlohn erhält. Vor kurzem stellte dieser das Verlangen, ihm 10 Pfg. Zulage zu gewähren, die ihm auch trotz der lebenswürdigen Empfehlung des Poliers — der zu dem Arbeitgeber anheuerte: Jagen sie den Arbeiter lieber zum Teufel, er verdient nicht einmal 25 Pf. — bewilligt wurde. Ein Beweis dafür, welche Rücksichtslosigkeit in diesen Kreisen den Kollegen gegenüber zu finden ist. Die Vorwürfe wegen der Maifeyer gegen die Kollegen, die seiner Zeit auf dem Bau in Halensee gearbeitet haben, sollen von einem fünfsgliedrigen Komitee geprüft und untersucht werden.

Der Verband der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (Zentrale II) hielt am 4. Juni eine Versammlung ab. Dr. J. Adel referirte unter Beifall der Anwesenden über das Thema: „Die Fürsorge für die arbeit-

unfähigen und Kranken Arbeiter. An der Diskussion beteiligten sich im Sinne des Referenten die Kollegen Wolf, Hofmann und Stein. Ein Antrag, den Sommerabend wegen des Bierbockotts aufzuheben, wurde dem Vorstand überwiegen. Der Vorsitzende gab hierauf die Abrechnung der Hauptkassa zur Kenntnis, worüber sich eine kleine Debatte entspann. Kollege Hofmann forderte zum Schluß angefangen des Vorgesahns der Unternehmer zu einer regen Agitation für die Organisation auf. Die nächste Versammlung findet am 2. Juli statt.

**Zu der Freien Vereinigung der Graveure und Eisenreue** hielt am 4. Juni der Genosse Meyer einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Das gleiche Recht für Alle!“ In der Diskussion wurde der Vortrag durch Gegenüberstellung verschiedener gerichtlicher Urtheile ergänzt und die Kollegen aufgefordert, auf den „Vorwärts“ und die Leipziger Fachzeitung zu abonnieren. Unter Vereinsangelegenheiten machte der Vorsitzende bekannt, daß Anträge zu der am 2. Juli stattfindenden Generalversammlung spätestens am Montag, den 18. Juni, beim Vorstande eingereicht sein müssen. Der Arbeitsnachweis befindet sich beim Kollegen G. Wunderlich, Neue Grünstraße 20, und ist derselbe im Monat April von 16 Gehilfen und 32 Meistern, im Mai von 34 Gehilfen und 10 Meistern in Anspruch genommen worden. Zu dem in Nr. 119 des „Vorwärts“ gebrachten Berichte von der Versammlung am 21. Mai ist noch nachzutragen, daß Meister, die von ihren Gehilfen eine längere als in der betreffenden Branche übliche Arbeitszeit verlangen, unserer Organisation nicht angehören.

**Die Bildhauer** hielten am 5. Juni im Lokal von Ehrenberg, Annenstr. 10, eine öffentliche Versammlung ab. Zunächst verlas Rosberg die Abrechnung vom Streit der Steinbildhauer des Hof-Steinmeis- und Innungs-Obermeisters Karl Schilling. Die Einnahmen betragen auf Sammelreisen 2284,88 M., und mit sonstigen Beiträgen insgesamt 3379,97 M.; die Ausgaben im Betrage von 3288,10 M. ab, verblieb ein Ueberschuß von 91,87 M., welcher nach Befestigung der Richtigkeit der Abrechnung durch die Revisoren der Agitationskommission überwiesen wurde. Aus der Erziehung zur Agitationskommission gingen Walter, Donath und Göy hervor. Hierauf erstattete Winler seinen Bericht als Delegierter zur Gewerkschaftskommission und wurde beschloffen, letztere zu erforschen, die Kosten für die Annoncen zu den Versammlungen am 1. Mai von den einzelnen Gewerkschaften prozentual zu erheben. Die Wunsche der Gewerkschaftskommission sollen zwecks einer Kontrolle eingezogen werden. Nachdem noch Buda zur gewissenhaften Ausfüllung der statistischen Fragebogen ermahnt und einige Kollegen zur streifen Durchführung der Volksversammlungsbeschlüsse in Sachen des Bierbockotts aufgefordert hatten, erfolgte Schluß der gutbesuchten Versammlung.

**Zu einer öffentlichen Leberarbeiter-Versammlung**, die am 5. Juni in Uhlis' Salon, Bodstr. 19, tagte, referierte Genosse Millarg unter reger Aufmerksamkeit der Versammelten über das Thema „Unternehmergewinn und Arbeitslöhne“. An der Hand reichen Zahlenmaterials bewies der Redner die krasse Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit und beleuchtete die stetig fortschreitende Organisation des Großkapitals. Von einer Diskussion wurde allseitig Abstand genommen. Es folgte nunmehr die Wahl von 4 Revisoren der halbjährlichen Abrechnung. Gewählt wurden die Kollegen Alder, Mallort, Hoffmann und Klumler. Aus der sich hieranschließenden Neuwahl des Vertrauensmannes ging der Kollege M. Kumbi hervor; derselbe fungirt zugleich als Delegierter in der Gewerkschafts-Kommission. Als stellvertretender Delegierter in der Gewerkschafts-Kommission wurde Kollege Hoffmann gewählt. Zum Schluß brachte Kollege Trapp folgenden Antrag ein: „Jeder Vertretener Vertrauensmann zählt bei Abstimmungen so viel Stimmen, wie er Beitragszahlende Kollegen zu vertreten hat.“ In eingehender, recht sachlicher Diskussion hierüber erklärten sich fast sämtliche Redner für diesen Antrag, derselbe wurde einstimmig angenommen. Ebenfalls stimmte man einmütig drei weiteren Anträgen zu, den streifenden Schuhmachern in Burg, den im Ausstand befindlichen Tischlern Wiens, und den ausgesperrten Brauereien hier je 50 M. zu überweisen.

**Eine öffentliche Versammlung der in der Schuhindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen** behandelte in einer am Mittwoch abgehaltenen Versammlung die Angelegenheit der Streikbrecher, die nach dem letzten Streik Aufnahme in die Organisation des Verbandes deutscher Schuhmacher gefunden hatten. Die Vorwürfe, welche den Leitern des Verbandes dieserhalb gemacht wurden, parirten diese mit dem Hinweis, daß die Streikkommission trotz ihres Betsprechens keine Liste der Streikbrecher der Organisation zugänglich gemacht habe und im anderen Falle auch die bedingungslose Ausschließung dieser Personen von der Organisation insofern nur schädigend wirken könne, weil dieselben dann regelmäßig in jedem Lohnkampfe die gefügigsten Werkzeuge der Unternehmer darstellen würden. Zweckmäßig sei es daher, solche Personen, die aus Unkenntnis der Verhältnisse oder aus sonstigen zwingenden Gründen die Arbeit vor Beendigung des Streiks wieder aufgenommen, in der Organisation zu schulen und zu überzeugenden Kämpfen für die Arbeitersache heranzubilden. Ausgeschlossen sollten nur solche bleiben, die gewissermaßen aus Bosheit ihren kämpfenden Kollegen in den Rücken gefallen sind. In der Diskussion, welche sich sehr lange hinzog und in welcher A. O. Krause, Hildebrandt, Lemmer, Fleischer und König wiederholt das Wort nahmen, traten auch einige Streikbrecher mit der Behauptung auf, daß sie vom Streik vorher nicht genügend informiert seien, was jedoch lebhaft bestritten wurde. Man einigte sich endlich auf den Beschluß, eine Kommission von 8 Personen zu beauftragen, die Namen der Streikbrecher festzustellen und einer späteren Versammlung darüber zu berichten. Gleichzeitig wurde dieser Kommission der Auftrag erteilt, die Angabe des Kollegen Mangel, der Kollege A. Fleischer habe hinter dem Rücken der Streikenden mit der Firma Simonson und Stern verhandelt, auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen. — Allgemein überraschte der Bericht, den der Kollege Bauer vom B. u. r. g. e. r. Streik gab. Auf Grund einer Depesche, die er von dort erhalten, war Redner am Mittwoch, den 6. d. nach Burg gefahren und hatte dort erfahren, daß die Kollegen keineswegs gewillt sind, die Arbeit zu den Bedingungen, wie sie der Kollege Bock aus Gotha, mit den Fabrikanten gegen den Willen der Kommission vereinbart habe, wieder aufzunehmen. Die Kollegen in Burg seien aus Tiefste entkräftet über das Vorgehen Bocks und eruchten die Arbeiter allerorts, sie weiter in dem ihnen aufgezwungenen Kampfe zu unterstützen. Die Ausgesperrten, zirka 800 an der Zahl, hätten sich durch geheime Abstimmung für Fortsetzung des Streiks entschlossen. (Verhättnisse Weisfall.) Die Versammlung wurde bei der weiteren Besprechung über die Maßnahmen des Kollegen Bock sehr erregt. Alle Redner ohne Ausnahme verdamnten das Gebahren desselben in den schärfsten Ausdrücken und sicherten den Kollegen in Burg ihre Unterstützung zu. Kollege Fleischer wurde beauftragt, alle vorhandenen Gelder nach Burg abzusenden, ebenso den Vorstand des Verbandes zur weitgehendsten Unterstützung aufzufordern. Die Versammlung nahm eine Resolution an, in welcher sie mit Bock scharf ins Gericht geht und beauftragte das Bureau, geeignete Schritte zu thun, um eine Volksversammlung einzuberufen, in welcher der Streik in Burg und das Verhalten des Vertrauensmannes Bock behandelt werden soll.

**Zu der öffentlichen Volksversammlung**, die am 6. d. M. in den Germania-Sälen abgehalten wurde und besonders von Angehörigen des Schifferverbandes zahlreich besucht war, sprach Reichstags-Abgeordneter Bebel über den russischen Handelsvertrag, mit besonderer Berücksichtigung des Schiffsahrtsgewerbes. Redner gab einen interessanten historischen Rückblick auf die Schiffsahrtsverhältnisse der früheren Zeiten und deren Ent-

wicklung bis in die heutige vorgeschrittene Zeit, wo das Segelschiff fast bereits ein überwundener Standpunkt sei und der Dampftrieb seine Herrschaft ausübe. Die Abnahme der Segelschiffe und das Wachsstum der Dampfschiffe veranschaulichte Redner durch verschiedene statistische Angaben. Bemerkenswerth hierbei sei, daß, je größer die Dampfschiffe und deren Ladungsfähigkeit werde, doch die Zahl der Besatzung in steigendem Verhältnisse gesunken sei. In dem Handelsverkehr spiele die Binnenschiffahrt eine große Rolle, da verschiedene Artikel durch die Binnenschiffahrt, namentlich Artikel, die in Massen verbraucht werden, billiger transportirt werden können, als auf der Eisenbahn. Hierin liege der Lebensquell der Binnenschiffahrt. In engem Zusammenhang hiermit stehen die verschiedenen Kanalbauten und Wasserstraßen. Die meisten derselben entsprächen indessen den heutigen Bedürfnissen nicht mehr. Frankreich allein sei auf diesem Gebiete mit nussertiglichen Beispielen vorangegangen. Völlig umgestaltet auf die Binnenschiffahrt habe eingewirkt der gewaltig gesteigerte Bedarf nach Lebensmitteln und Waaren aller Art infolge des gewaltigen Wachstums der Bevölkerung im Allgemeinen und des Wachstums der Städte im Besonderen. Die Technik schreite immer weiter vorwärts, eine Erfindung jage die andere; den größten Vortheil hätten diejenigen, welche sich diese Erfindungen dienstbar machen können. Die großartig entwickelte Technik ermögliche es, kolossale Lasten rascher und billiger zu befördern, als vordem kleinere Lasten. Wer dies nicht vermöge, der bleibe zurück, werde durch die Konkurrenz erdrückt. Die Schiffer hätten das größte Interesse daran, daß geeignete Einrichtungen geschaffen werden, welche einen umfangreichen Verkehr ermöglichen. Um solche herbeizuführen, mögen sich die Schiffer politisch betätigen. Ein Irrthum sei es, daß die Politik nur die „großen Herren“ angehe. Sie hätten sich nicht nur als Stimmvieh gebrauchen zu lassen, sondern wohl zu überlegen, wer in den Reichthum geschickt werden solle, denn von der gefehleberischen Thätigkeit hänge das Wohl und Wehe des gesammten Volkes ab. Hierbei kam Redner auf die Handelsverträge und den russischen Handelsvertrag im speziellen zu sprechen, die grundlegenden Verhältnisse eingehend erläuternd und dessen fördernden Einfluß auf Handel und Verkehr veranschaulichend. Die Aufhebung der Staffeltarife komme gleichfalls der Binnenschiffahrt in hohem Maße zu gute, da nun die Eisenbahn-Prachtzüge sich bedeutend erhöhen. Dieses Beispiel erbeile, daß die Schiffer ein eminentes Interesse an derartigen politischen Aktionen haben. Wohl zu beachten sei aber, daß alle sich ergebenden Vortheile das Großkapital an sich ziehen werde vermöge seiner größeren Kraft und Konkurrenzfähigkeit, wogegen auch die Dampfereignenschaft wenig oder gar nichts auszurichten vermöge. Die Schiffer brauchen eine demokratische Organisation. Sie mögen weiter sich der Sozialdemokratie anschließen und mit allen in gleicher Lage sich befindenden Unterdrückten und Ausgebeuteten zusammenstehen und gemeinsam handeln, dann würde auch der Tag erscheinen, wo sie als Menschen unter Menschen leben können. (Stürmischer Beifall.) In der nun folgenden Diskussion nahmen mehrfach Schiffer das Wort, welche die schwierige Lage der Kleinschiffer erläuterten. Bebaute Klagen wurden darüber geführt, daß sie von den Kapitalisten auf alle mögliche Art und Weise ausgebeutet, ihnen alle Kosten aufgebürdet werden. Auch wurde darauf hingewiesen, daß es Pflicht der Schiffer sei, sich der zielbewußten Arbeiterschaft anzuschließen und sich gleich dieser zu organisieren. Genosse Wagner beleuchtete die geradezu erbärmliche Lage der Schiffer, die un-menschliche Ausbeutung der Schiffer durch die Kapitalisten. Die bisherigen Organisationen haben den Schiffen nur Schaden, aber keinen Nutzen gebracht. Der bestehende Zentralverband, mit dem bekannten Herrn „Generaldirektor“ Cunow an der Spitze, fand durch den Redner eine erbauende Illustration. Auch zeigte Redner den Schiffen, daß sie auf Seite des werththätigen Volkes stehen müßten, sowie einen auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Schifferverband zu gründen hätten. (Beifälliger Beifall.)

In seinem Schlussworte erkannte Bebel die Klagen über die Abgaben und Zölle in den Kanälen und die ungleiche Belastung der großen und kleinen Schiffer als berechtigt an und war der Meinung, daß der Staat auch für Benutzung der Kanäle wie für Ströme und Schiffe keine Abgaben zu erheben hätte. Die diesbezügliche Gesetzgebung sei aber Sache des preussischen Staates. Hieraus erhele die Nothwendigkeit einer Vertretung der Arbeiter auch im preussischen Landtage. Berechtigt seien auch die Klagen über das Matierwesen. Dieses Zwischenmeisterthum könne nur durch eine zweckmäßige Organisation beseitigt werden. Ganz unerhört sei die Stellung des Herrn Cunow und ungeheuerlich, daß die Schiffer sich dessen Absolutismus gefallen lassen, dessen maßlose Unverschämtheit ruhig ertragen. Aus dem Verbands müsse dieser „Generaldirektor“ mit einem Jahreseinkommen von 25 000 M. heraus, eher werde es nicht besser werden. Der Zentralverband sei keine Arbeiterorganisation. Redner übte weiter eine vernichtende Kritik an der Thätigkeit des Herrn Cunow und verwies die Schiffer nochmals auf den Weg einer demokratischen Organisation. Sodann wurde von einem Schiffer der Antrag gestellt, eine Kommission aus Schifferkreisen zu wählen, welche die Mittel und Wege zur Beseitigung der herrschenden Mißwirtschaft im Schiffergewerbe zu beraten bestimmt sein sollen. Merkwürdigerweise fand Herr Cunow in der Versammlung einen Vertheidiger. Der Antrag wurde bis zum Winter vertagt, da in der Versammlung nicht genügend ansässige Schiffer anwesend waren. Das Bureau der Versammlung wurde beauftragt, von Zeit zu Zeit Agitationsversammlungen für Schiffer einzuberufen und zu gelegener Zeit die Gründung einer neuen Organisation in die Wege zu leiten. Das Bureau erbot sich, den Schiffen hierbei mit Rath zur Seite zu stehen.

## Vermischtes.

**Eine neue Posteinrichtung „Nachnahme mittels Postkarte“.** Es ist wenig bekannt, daß Nachnahme mittels Postkarte seit einiger Zeit zulässig ist. Die Nachnahme mittels Postkarte ist vielfach den sog. Postaufträgen vorzuziehen, weil erstere nicht allein viel weniger Arbeit und Papier erfordert, sondern auch nur die Hälfte Postkosten verursacht. Der Postauftrag muß nämlich stets mit 20 Pf. Porto belegt werden, die Postkarte nur mit 15 Pf. Von den durch Postauftrag eingezogenen Beträgen werden immer mindestens 20 Pf. Porto für Ueber-sendung des eingezogenen Geldes von der Post in Abzug gebracht, dahingegen von den durch Postkarten-Nachnahme eingezogenen Beträgen bis 5 Mark nur 10 Pf., über 5—100 M. 20 Pf., über 100—200 M. 30 Pf., über 200—400 M. 40 Pf. Man braucht auch nicht Kosten daran zu nehmen, daß die Nachnahmen auf „offener Karte“ irgendwie als Beleidigung, Mißthatslosigkeit oder dergleichen anzusehen werden müßten, weil ja auch den Postaufträgen eine offene Quittung beizufügen und von den Postboten vorzulegen ist, auf der alles ebenso genau ersichtlich ist und sein muß, wie auf der „offenen Karte“. Des Weiteren sei noch erwähnt, daß die Postkarten-Nachnahmen auf der Vorderseite außer dem nachzunehmenden Betrage (in Buchstaben und Ziffern) auch unmittelbar darunter Namen und Wohnort des Abnehmers tragen müssen.

**Wie man zu einer Beleidigungsklage kommen kann.** Der Galtwirth Karl Mähl in M. in Dithmarschen stand mit dem Gemeindevorsteher auf recht gespanntem Fuße und glaubte deshalb, daß verschiedene Verächtigungen, die ihm seitens des Ortspolizeidieners zu theil wurden, auf dieses gespannte Verhältniß zurückzuführen seien. Er wandte sich mit einer geharnischten Beschwerde an den Gemeindevorsteher. Dieser war über den Ton der Beschwerde sehr erregt und beschloß, eine kurze und bündige Antwort zu erteilen. Er ging in sein Bureau und diktirte seinem Schreiber also: „Ihre Beschwerde kann keine Berücksichtigung finden, da die darin ausgesprochenen Ver-

mutungen vollständig aus der Luft gegriffen sind und dieselbe außerdem ungebührlich abgefaßt ist. Sie, K. Mähl, haben am allerwenigsten Ursache und Berechtigung, einen solchen Ton anzuschlagen. Der Gemeindevorsteher.

Einer bald darauf ihm zugehenden Vorladung zu einem Sühnetermin beim Schiedsmanne schenkte der Gemeindevorsteher keine Beachtung. Er erhielt alsdann eine Beleidigungsklage des K. Mähl zugehelt, zugleich mit einer Ladung vor das Schöffengericht. Der Klage war eine beglaubigte Abschrift des Schreibens des Gemeindevorstehers an den Kläger beigelegt, worin es zum Schluß hieß: „Sie Kameel haben am allerwenigsten Ursache und Berechtigung, einen solchen Ton anzuschlagen. Der Gemeindevorsteher.“ Hierdurch fühlte sich Mähl beleidigt. Er stellte sich vor dem Schöffengericht heraus, daß der Schreiber des Gemeindevorstehers beim Abfassen der ihm vom Gemeindevorsteher diktirten Antwort an K. Mähl das Unheil angerichtet und in seiner Fesseltung statt des K. Mähl, den beleidigenden Wörtchensnamen auf das Papier getrieffelt hatte. Die Geschichte endete mit einem Vergleich. Der Gemeindevorsteher zahlte die Hälfte der erwachsenen Kosten und K. Mähl zog seine Klage zurück.

## Eingelaufene Truchtschriften.

Unter dieser Rubrik zeigen wir Sammlungen der Redaktion zugehende literarische Neuigkeiten an. Wir bitten unser Leser die Benennung der Schriften nicht als Empfehlung anzusehen, sondern lediglich als Empfehlungsfähigkeit anzuführen.

Über diejenigen Schenkungen, welche im Interesse unserer Leser oder aus politischen Gründen besprochen werden müssen, veröffentlichen wir, soweit dies der Raum unserer Blätter zuläßt, Kritiken. Genügt einer Verlagsbuchhandlung die Aufklärung der überlieferten Verlagsverhältnisse in dieser Rubrik nicht, so bitten wir von der Zusendung der Neuerscheinungen des Verlags absehen zu wollen.

Heinrich Heine im Lichte unserer Zeit. Von Hans R. Fischer. München. Verlag von Dr. E. Albert u. Co.

**Kiehlings Reisebücher.** Die Ostsee-Lüste von Kolberg bis Preilgenhamm und Rügen. Mit 23 farbigen Karten. Bearbeitet von Dr. B. Graupe. Berlin. Verlag von Alexius Kiebling. Preis 2 M. — Stettin und die Ostseebäder auf Röllin und Usedom. Mit 10 farbigen Karten. Bearbeitet von Dr. B. Graupe. Berlin. Verlag von Alexius Kiebling. Preis 1 M. — Greifswald, Stralsund und Rügen. Mit 10 farbigen Karten. Bearbeitet von Dr. B. Graupe. Berlin. Verlag von Alexius Kiebling. Preis 1 M.

**Kuno Fischer's kritische Methode.** Von Hermann Lurtz. Jena. Verlag von Fr. Mauke (A. Schen).

**Die wahre Natur des Menschen und der soziale Fortschritt.** Von Oswald Köhler. Leipzig. Verlag bei Emil Grube. (Erscheint in 6 Lieferungen à 60 Pf.)

**Das Sueton von Caligula erzählt.** Ein Sittenbild aus der römischen Kaiserzeit von Benedictus. Berlin W. Verlag von Cassirer u. Danziger.

**Reisehandbuch für wandernde Arbeiter.** Von Scherm. (Mit einer Eisenbahnkarte und zwei Orientierungskarten.) Nürnberg. Verlag von J. Scherm.

**Charakteristiken.** Von Ludwig Bamberg. Berlin. Verlag von Rosenbaum u. Hart.

**Deutsche Worte.** Monatshefte von Engelbert Bernerstorfer. 14. Jahrgang. 5. und 6. Heft. Leipzig. Verlag von G. F. W. Best.

**Der Jag vom Lande und die soziale Revolution.** Von Heinrich Schurey. Leipzig. Verlag von Reinhold Weith.

**Mein schaufriger Panzer.** Von Heinrich Dowe. Berlin und Leipzig. Verlag Alfred G. Fried u. Ko.

**„Der Sozialdemokrat“.** Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW., Beuthstraße 2). Zu beziehen durch alle Zeitungsdepotiere. Das Abonnement beträgt durch die Post oder in Berlin durch die Zeitungsdepotiere pro Quartal 1,20 M., unter Kreuzband 1,50 M.

Nr. 19 vom 7. Juni hat folgenden Inhalt: **Wochen-schau.** — Aus G. F. W. Best. — Zentrum und Sozialdemokratie in Bayern. — Das Recht auf Arbeit in der Schweiz. — Sozialistische Moral von Dr. Conrad Schmidt. — Parteinachrichten.

**Die Arbeiter in England vor den Wahlen.** — **Die Verhältnisse in Rußland.** — **Die Lage der Fleischhauer.** — **Soziales aus Gerhart Hauptmanns II.** — **Gewerkschaftliches.** — **Industrie.** — **Agrarisches.** — **Sozialstatistisches.** — **Arbeiter-schup.** — **Die man uns behandelt.** — **Todtenliste.** — **Vermischtes.** — **Literatur.**

**Heft 7 des Volks-Lexikon,** herausgegeben von Emanuel Baum; Verlag von W. B. B. in u. Komp., Nürnberg, ist soeben erschienen und enthält folgende Artikel: **Arbeit der Mechanik; Arbeit in nationalökonomischem Sinne (unter ausschließlicher Bezugnahme auf Marx' Kapital); Arbeiter, Zahl derselben; Arbeiterauschüsse; Arbeiterinnenbewegung (Uebersicht über die Arbeiterinnenorganisationen aller Länder); Arbeiterschutz (Geschichte desselben; Beschlüsse aller Arbeitertreffs; Achtstundentag); Arbeiterschutz-Gesetzgebung in Australien; A. in Belgien; A. in Dänemark; A. im Deutschen Reich (Geschichte derselben); Arbeiterschutz-Gesetz. (Wortlaut der Gesetzes-Novelle vom 1. Juni 1891, nebst den hierauf bezüglichen Entwürfen der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion und Erläuterungen zum Gesetz). — Alle 14 Tage erscheint ein Heft.**

## Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll.

**K. 20.** Rein.

**K. 1.** Arbeitslohn ist wegen der dem u. n. ehelichen Kinde schuldigen Alimente nicht pfändbar. 2. Sonntags darf ein Gerichtsvollzieher nur auf besondere gerichtliche Anordnung hin pfänden. 3. Die unentwerthlichen Kleidungsstücke sind unpfändbar.

**O. S. 43 a.** Der Ausgang des Rechtsstreits hängt von dem diesseits nicht zu bestimmenden Gutachten des Sachverständigen über die Preisangemessenheit ab.

**F. R. 1874.** Herzblatt.

**K. 100.** Verjährt ist Ihre Forderung noch nicht. Sie müssen bei dem Schöffengericht einen Antrag auf Feststellung der Ihnen zu erziehenden Kosten stellen.

**W. S. 24.** Weder der Lehrer noch Ihr Sohn ist der Tischler-Innung beizutreten verpflichtet.

**G. 100.** Wenn Sie den Abschluß des Vergleichs beweisen können, so würde eine neue Klage Ihrerseits von Erfolg begleitet sein.

**O. S. 12.** 1. Zum Ersten. 2. Rein.

**A. B. 12.** Mit den Einschränkungen, die in der letzten Rezension über das Buch zum Ausdruck gebracht wurden, können wir das Buch warm empfehlen.

**Edert 1000.** Rein.

**Klage Nr. 2.** 1. Rein. 2. Ja mit Vollmacht. Lehner, Steinstraße. Wir würden zur Klage vor dem Gewerbegericht raten.

**799.** Die falsche Bezeichnung ist ohne Bedeutung.

**G. G. Bruxelles.** Es giebt jetzt gegen Strafvertheile, die das Landgericht als erste Instanz fällt, nur die Revision, die das Reichsgericht entscheidet.

**K. G. 11.** Wenn sie eine etatsmäßige Kommandostelle haben, ja.

**F. L. 10.** Sie brauchen nicht zu bezahlen.

**O. S. 100.** Nur die Frau hastet.

**W. M. 16.** Der Fall ist so nicht verständlich. Schreiben Sie uns den ganzen Sachverhalt.